



Juli/August '96
11. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus**

Türkei

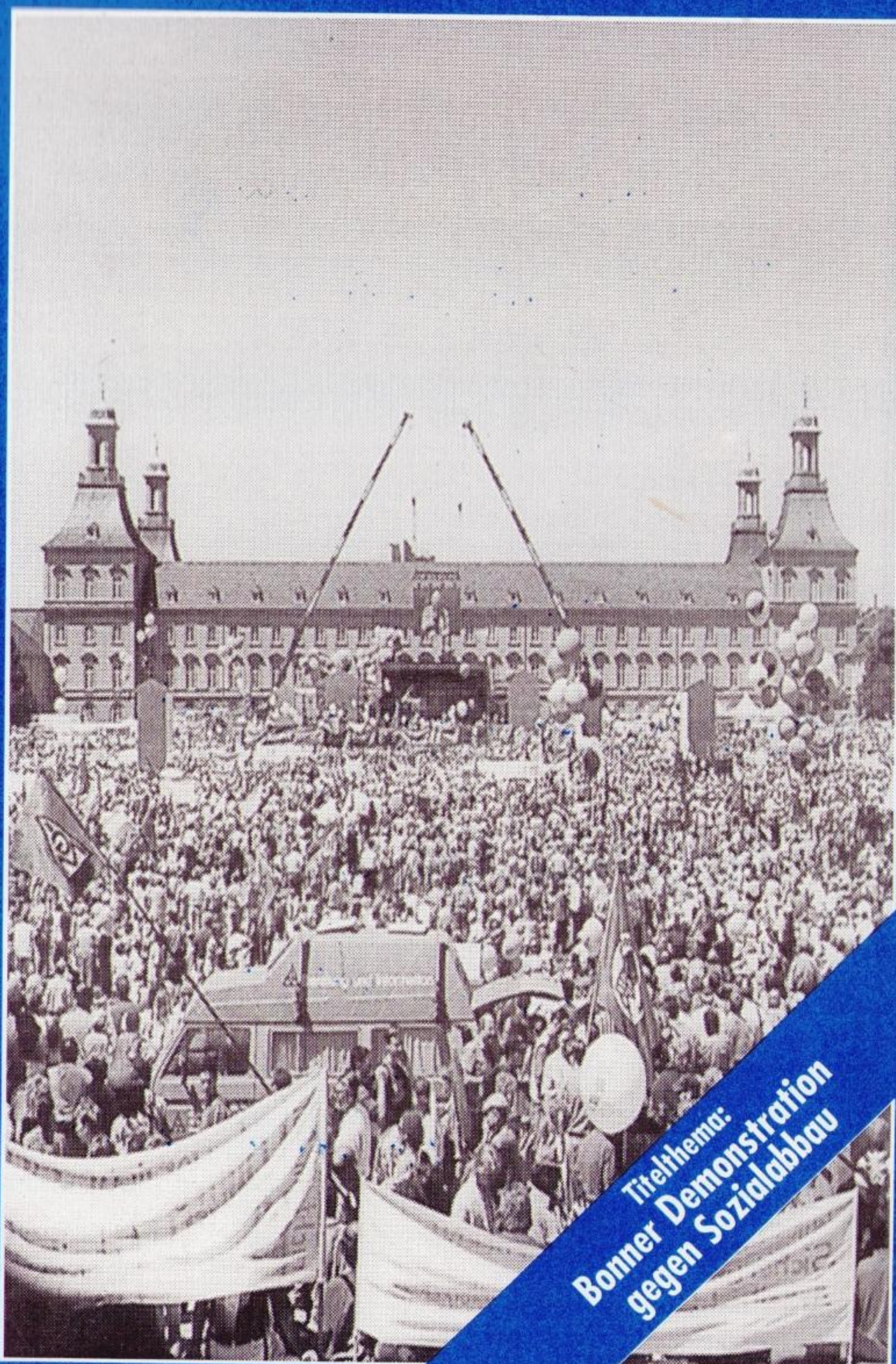
Mehmet Agar-
Porträt des neuen
Innenministers

Asyl

Bundesverfassungs-
gericht unterwirft
Grundgesetz dem
Schengener
Abkommen

Antifa

Zu den Aufgaben der
Antifa-Bewegung



**Titelthema:
Bonner Demonstration
gegen Sozialabbau**

Inhalt

3 Editorial

Bericht

- 4 Für Arbeit und soziale Sicherheit (Demo im Bonner Hofgarten)
- 15 Antifa-Forum zum Thema "Graue Wölfe"
- 19 Hungerstreik der Gefangenen in der Türkei
- 30 5 Jahre Antifa-Wanne

Dokumentation

- 17 Bozkurtlar defolun! (Graue Wölfe in Kiel)
- 20 Der Hungerstreik geht weiter
- 21 Mehmet Agar - Karriere eines Henkersknechtes
- 32 Habitat II - Das Menschenrecht auf Wohnen

Zur Diskussion

- 26 (Un)heimlichkeiten des Nazifaschismus (Teil 2)

Kommentar

- 10 Aufgaben der antifaschistischen Bewegung
- 35 Der Umgang des deutschen Staates mit kurdischen Menschen

Aufruf

- 18 Solidarität mit der Partei der Arbeit (Emek Partisi)

Information

- 9 Sparpläne des Bonner Staates
- 31 Faschisten in der Dark-Wave-Szene

Material

- A Mexiko: Neoliberalismus und NAFTA (Teil 2)
- D Bundesverfassungsgericht bestätigt Aushabelung des Asylrechts



Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM

Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift:

Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzung

montags, ab 20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: Deniz Dortmund

Redaktionsschluß für Nr. 61: 26.8.96

Editorial

Erstes Thema dieser Ausgabe ist die **Bonner Großdemonstration vom 15. Juni 1996** - unsere Redaktion hat versucht, mit 2 Redakteuren sich vor Ort ein Bild zu verschaffen - die Ergebnisse stellen wir im Leitartikel vor.

Nicht zuletzt die soziale Bewegung im Land, die sich schon am 1. Mai abzeichnete, waren für Stephan W. Born vom Antifaschistischen Bund (AFB) Ruhrgebiet Anlaß, sich mit den aktuellen **"Aufgaben der antifaschistischen Bewegung"** auseinanderzusetzen - wir drucken seine Überlegungen in dieser Ausgabe.

Den **größten Teil dieser Ausgabe** nehmen **Berichte über die Türkei** ein - für uns nicht erstaunlich. Immer stärker sind die Entwicklungen in Deutschland und der Türkei mit einander verknüpft - nicht nur wegen "der KurdInnen-Frage".

In mehreren Städten der Türkei sind über **1500 politische Gefangene** in den **Hungerstreik** getreten, in deutschen Städten gibt es Solidaritätsstreiks und -demonstrationen.

Der türkische Staat unter Federführung des **Justizministers (seit Ende Juni Innenministers) Mehmet Agar** unterdrückt die Opposition immer brutaler - erkrankte Hungerstreikende werden "verschwinden gelassen", Angehörige, die friedlich und mit Blumen demonstrieren, werden von der Polizei zusammengeknüpelt, Delegierte des **Parteitages der HADEP** werden brutal überfallen und ermordet und das Verbot der Partei vorbereitet. Ebenfalls vom Verbot bedroht ist die vor drei Monaten gegründete **Emek-Partisi**, verboten werden soll auch die Tageszeitung **Evrensel**.

Demonstrationen gegen das drohende Verbot werden in **Ankara** zusammengeknüpelt - eine Solidaritätsdemonstration in **Köln** ebenfalls.

Türkischer Geheimdienst und deutscher Staatsschutz arbeiten koordiniert - daran gibt es inzwischen keinerlei Zweifel mehr.

Über Mehmet Agar, einen der Hauptverantwortlichen für den faschistischen Terror in der Türkei, veröffentlichen wir eine ausführliche Dokumentation.

Wegen der oft anzutreffenden Unkenntnis über die Lage in der Türkei, insbesondere über die Parteien der türkischen und kurdischen Linken, hat die Redaktion beschlossen, ab der nächsten Ausgabe eine Artikelserie über die wichtigsten **Parteien der türkischen und kurdischen Linken** zu veröffentlichen.

In dieser Ausgabe setzen wir - wie mehrfach angekündigt - die Serie **"(Un-)Heimlichkeiten des Nazi-Faschismus"** von **Achim Schürmann** fort.

In den **GELBEN SEITEN** findet Ihr den zweiten Teil einer Analyse über **Mexiko** (Im Netz von Neoliberalismus und Freihandelsabkommen) und einen Beitrag von Klaus Dillmann zum **"Asyl-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts**.

Zum Schluß noch ein Aufruf in eigener Sache:

Wir suchen feste und freie MitarbeiterInnen! Kein Interesse?

Auch LeserInnenbriefe sind immer herzlich willkommen!

Für die AntifaZ-Redaktion

WT

FÜR ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT

Größte Demo nach dem Zweiten Weltkrieg in Bonn

Über 400.000 Menschen demonstrierten am 15. Juni in Bonn - mindestens weitere 100.000 kamen erst gar nicht nach Bonn hinein, da die Autobahnen hoffnungslos verstopft waren.

Sie kamen aus allen Teilen der Republik - zum ersten Mal nach der "Vereinigung" waren Menschen aus den neuen Bundesländern in großer Zahl zu einer gemeinsamen Demonstration mit den "Wessis" zusammengekommen.

Das allein ist schon ein Hinweis darauf, was "die Stunde geschlagen hat".

Diese Demonstration war ein ermutigendes Signal

Es war ja ursprünglich seitens des DGB keineswegs geplant, zu einer bundesweiten Massendemonstration gegen das "Bonner Sparpaket" aufzurufen. Erst der vor allem am 1. Mai deutlich gewordene breite Protest der "Basis" gegen die Politik der Gewerkschaftsführung brachte die DGB-Spitze in Bewegung.

Auch war die Demonstration am 15. Juni nicht vom DGB angemeldet worden, sondern vom Bündnis "Sternmarsch gegen Sozialabbau". Dies wurde im nachhinein in den Medien nicht mehr erwähnt, auch wurde nichts über die Kundgebung des Bündnisses berichtet, die als einzige Auftaktkundgebung an der Kennedybrücke in Beuel stattfand.

Der DGB hatte darauf spekuliert, daß angesichts seiner Mobilisierungsmöglichkeiten alle kritischen, linken und sozialistischen Inhalte "plattgemacht" würden - weitgehend ist sein Konzept aufgegangen.

Dennoch wissen die Bonzen, daß die Stimmung an der Basis mehr als brisant ist - kein Wunder also, daß sich der DGB-Chef in populistischen, scheinradikalen Sprüchen übt. Der *"wirtschaftliche Schaden, den die Nieten in Nadelstreifen an einem Tag anrichteten"*, sei *"größer als derjenige, den 10.000 Blaumacher in einem Jahr verursachten"*.

Hört sich radikal an, ist aber ökonomisch schlichter Blödsinn und liegt ganz auf der Linie der Gewerkschaftsführung: Nicht "der Kapitalismus" ist verantwortlich für die Krise, sondern "Mißmanagement".

Und so war auch Schultes Hauptanliegen neben den scheinradikalen Sprüchen, die aber die massenhafte Kritik an seinem

"Schmusekurs" mit dem Kapital nur begrenzt verkleinern konnten, die Propagierung des "Friedens" zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern:

"Wir wollen diese Republik." Gemeint war: Wir wollen ja die "normale" kapitalistische Ausbeutung, aber besser verpackt, nicht so "nackt" präsentiert - denn dann geht uns die "Basis" von der Leine.

"Auch wir sehen die Notwendigkeit zu sparen angesichts leerer Kassen." Gemeint war, daß dem Angriff auf die soziale Lage prinzipiell zugestimmt wird, nur sollten die "Geschenke" für die Kapitalisten nicht so drastisch ausfallen.

Schulte kam zudem nicht umhin, die Angriffe auf Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung "scharf" zu kritisieren, stellen sie doch die massivsten Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der ArbeiterInnen dar.

Zwischen Kampfbereitschaft und Skepsis

Die Hunderttausende waren selbstverständlich keineswegs in ihrer Mehrheit der Meinung, daß diese Demonstration schon eine Rückname des "Sparpakets" bewirken könne - es überwog jedoch die trotzig Haltung, dies sei "erst der Anfang".

Deutlich wurde: Dieser Protest wurde von breiten Teilen der Bevölkerung organisiert, keineswegs nur von ArbeitnehmerInnen. Auffallend, daß viele Kleinbetriebe ihre Firmenbusse für die Fahrt zu dieser Demonstration zur Verfügung gestellt hatten.

Auffallend auch, daß viele Kommunen die Busse der kommunalen Verkehrsbetriebe bereitgestellt hatten.



Auffallend auch, daß der DGB zwar Kappen und Einheitstransparente gekauft hatte, die weitaus größere Zahl der Groß- und Kleinsttransparente war aber in "liebevoller" und phantasievoller Weise von den Demonstrierenden selber erstellt worden.

Dies beweist nicht unmittelbar, daß in den kommenden Wochen die Kämpfe an der Basis tatsächlich ausgeweitet werden und in den von vielen erhofften Generalstreik gegen den Sozialabbau münden werden, verweist aber darauf, daß diese Entwicklung durchaus im Bereich des Möglichen liegt.

Ein Indiz hierfür ist auch die Reaktion auf die verschiedenen Reden: Schulte bekam nur an Stellen wie der mit den "Nieten in Nadelstreifen" größeren Beifall.

Doch ganz anders die Reaktion auf die Rede von Sonja Riedemann, Mitglied des AStA Bochum. Ihr Beitrag wurde von minutenlangen "Kohl muß weg"-Rufen unterbrochen, ein Zeichen dafür, daß die Kundgebungsteilnehmer in großer Zahl durchaus nicht für die Forderung "Wir wollen diese Republik" zu vereinnahmen waren.

Klar, bis zum revolutionären Sturz des Kapitalismus, wie er auf einer Menge der verteilten Flugblätter gefordert wurde, ist es schon noch ein größerer Schritt - aber Rom ist ja auch nicht an einem Tag erbaut worden.

Das politische Spektrum

Die übergroße Mehrheit der TeilnehmerInnen war zwar kritisch sozialdemokratisch und auch heftig empört - aber sicher nicht revolutionär.

Was keine Kritik an deren politischer Einstellung bedeutet, eher den anwesenden linken, sozialistischen und revolutionären Kräften die Notwendigkeit, über die eigene Politik nachzudenken, vor Augen führte.

Das Spektrum linker und revolutionärer Kräfte war breit gefächert - und von unterschiedlichsten Zielsetzungen geprägt.

"Für ein lustvolles und solidarisches Leben" und "Her mit dem schönen Leben" forderte das Bündnis "Sternmarsch gegen Sozialabbau", das zum "revolutionären Block" aufgerufen hatte. Davon war dann auf der Hofgarten-Kundgebung nichts mehr zu erkennen - selbstverständlich hatte der DGB dem Bündnis den anfangs noch zugesagten Redebeitrag auf der Kundgebung verweigert, wegen der angeblich zu radikalen Inhalte des Aufrufs. Dabei waren dessen Forderungen "Keine Spaltung in Deutsche und Nichtdeutsche", "Keine Spaltung in produktive und reproduktive Arbeit", "Keine sexistische Rollenzuweisung", "Kampf dem Patriarchat", "Gegen Leistungs- und Konkurrenzdruck" und "Schluß mit der profitorientierten Verwertung von Menschen und Natur" ja keineswegs revolutionär, vielmehr nehmen die DGB-Bonzen ganz einfach den Begriff "radikal" aus dem Flugblatt ("Radikal gegen Ausbeutung und Unterdrückung") zum Vorwand und überließen es ansonsten dem massiven Einsatz der SEK-Einheiten, diesen Teil der Demonstrierenden vom Kundgebungsplatz fernzuhalten.

Dies gelang auch weitgehend - in der Presse wurde anschließend nur kurz über "500 verummte Autonome" berichtet, die "mit Steinen" gegen die Polizei vorgegangen seien. Die taz zitiert eine "enttäuschte Autonome", enttäuscht sei sie, da die Massen gar kein Interesse an einem "schöneren Leben" gezeigt hätten, enttäuscht sei sie auch über ihre Genossen, die auch Scheiben in "ganz normalen Geschäften" eingeworfen hätten. Nun ja, ganz so war es allerdings doch nicht, immerhin wies eine Bankfiliale in der Nähe

des Hofgarten ganz erheblichen Glasbruch auf, auch eine Reihe von Polizeifahrzeugen sind erheblich zu Schaden gekommen - das reichte allerdings kaum, um den übrigen Massen einen Eindruck von dem zu vermitteln, was denn nun ein "schöneres Leben" sein könnte.

Auch andere Schattierungen der Linken hatten so ihre Probleme mit dem "Heran an die Massen". So hieß es z.B. in einem Flugblatt der "Arbeiterkommunistischen Partei Iran":

"Arbeitersozialismus, liebe Kollegen, ist die Antwort".

Erst beim genaueren Lesen wird klar, warum der Begriff "Arbeitersozialismus" gewählt wurde: Es wird auf eine "Wiederbelebung

für eine "Abwehr" des Großangriffs der Unternehmer nicht günstig stehen.

Zutreffendes auch in einem Flugblatt einer "Orgazzione comunista internazionalista" aus Italien: Wenn auch reichlich plakativ - *"Den Angriffen der europäischen Bourgeoisien setzen wir die Einheitsfront des proletarischen Kampfes entgegen"* - wird immerhin auf die Notwendigkeit der internationalen Solidarität verwiesen. Ähnlich formuliert auch ein Flugblatt mit dem Titel "Fanal", herausgegeben von der "Freien Arbeiter Union/Anarchistische Partei", wenn gefordert wird: *"Kämpfen wie in Frankreich"*.

Auch die "Tatsachen" der "Demokratischen Arbeitervereine" (DIDF) fordern *"Gemeinsam kämpfen ist unsere Parole"*, meinen dabei aber mehr den gemeinsamen Kampf von *"Gewerkschaftern, Arbeitern, Angestellten, Rentnern, Arbeitslosen, Schülern, Studenten und Nichtdeutschen"*. Was die einen schon als *"Kampf um die Einheit des internationalen Proletariats"* propagieren, nämlich die Perspektive einer internationalen



der Rätebewegung" abgezielt, womit wohl kaum die gewerkschaftlichen Betriebsräte gemeint sind.

Vielmehr soll *"direkte Macht"* erkämpft werden - doch unklar blieb, wie diese aussehen könnte, es folgen Schlagworte wie *"politische Macht"* und *"Arbeiterstaat"*.

Immerhin ein Problem wirft dies Flugblatt auf, das tatsächlich nicht ohne Bedeutung ist: Die Genossen schreiben:

"Wer sich auf eine Abwehrschlacht vorbereitet, wie es uns die Gewerkschaftsführer predigen (wobei wir gar nicht sicher sind, daß sie dies wirklich tun, d. Red.), stellt die Weichen für die nächste Niederlage."

Stimmt, ein bloßer *"Abwehrkampf"* zeigt keine Schritte zur Überwindung des Kapitalismus auf - dennoch muß nüchtern analysiert werden, daß zur Zeit selbst die Bedingungen

Solidarität, von der die deutschen ArbeiterInnen sicher noch weit entfernt sind, gerinnt bei den anderen zum Kampf gegen den Versuch, *"eine gesellschaftliche Gruppe nach der anderen zu diffamieren und schließlich zu plündern"*.

Auch diejenigen, die weitergehende Überlegungen anstellten über die Frage, mit welchen Zielen der Kampf zu führen sei, waren mehr als uneins.

Bei einer Reihe von Organisationen eine ähnliche Orientierung: Geld ist genug da, man muß nur die *"Logik des Kapitals"* brechen (Standortsicherung usw.) und das vorhandene Geld anders verteilen; so legt z.B. die KPD eigene *"Sparvorschläge"* vor:

"Steuern für Selbständige und Unternehmen auf dasselbe Niveau wie die Lohnsteuer heben - macht 51 Mrd DM" oder

"Vermögenssteuer nicht streichen - macht 8,5 Mrd. DM" oder "Zinszahlungen an die Banken um ein Zehntel kürzen (die können das besser verkraften als Sozialhilfeempfänger) - macht 13 Mrd. DM".

Ähnliches überlegt sich Jakob Moneta in der SoZ, wenn er fordert, "bei den 'Reichen' vor allem die phantastischen Spekulationsgewinne zu streichen".

Der Mangel solcher "Vorschläge": Sie verschweigen (oder stellen zu wenig heraus), daß zu ihrer Realisierung die Abschaffung "des Ganzen" nötig wäre.

Überhaupt, mit der Propagierung des "Neuen" tut sich die Linke schwer. Nicht ganz

falsch, aber in der Haupt-

tendenz

abenteuerlich

die Forderungen

einer

Gruppe mit

Namen "Wild-

cat": "Weni-

ger arbeiten.

Krankfeiern,

wann immer

nötig. Nicht

jeden Job an-

nehmen. Den

KollegInnen

beistehen, die

dasselbe tun.

Über die Mög-

lichkeiten re-

den, sich zu

wehren und die ganze Richtung ändern."

Klar, über Solidarität und Gegenwehr muß

und wird geredet werden - aber nicht daher-

geredet!

"Weniger arbeiten", individuell betrieben, wä-

re der sichere Rausschmiß - wobei die 6 Mil-

lionen Rausgeschmissenen ja immerhin gar

nicht mehr arbeiten, deshalb aber noch lan-

ge nicht "Revolution" machen.

Was in fast allen Schriften und Flugblättern

auf der Bonner Demo fehlte, war eine kon-

krete und nachvollziehbare Analyse der au-

genblicklichen Kapitalverhältnisse. Ansätze

dazu fanden wir immerhin in der Zeitschrift

"tendenz", die sich mit der internationalen

Konkurrenzsituation der Konzerne beschäf-

tigte, Ansätze auch in der "Fanal", die den

Versuch des Nachweises unternahm, daß

der geplante Sozialabbau keineswegs zu

"neuen Arbeitsplätzen" führe, sondern im Gegenteil nur die Bedingungen des Kapitals verbessere, noch mehr Arbeitsplätze zu vernichten.

Es ist hier nicht unsere Aufgabe, eine derartige Analyse vorzulegen, das ist auch nicht die Aufgabe der Redaktion einer antifaschistischen Zeitung.

Allerdings - Hinweise auf zu lösende Probleme und Schwierigkeiten der Linken geben, dies wollen wir in Zukunft öfter tun.

Im Anschluß noch Auszüge aus Reden auf der Bonner Hofgartenkundgebung:

Auszüge aus Reden am 15. Juni

Sonja Riedemann, AStA Uni Bochum:

Wer der Jugend die Lebensperspektiven verwehrt und zerstört, der kann nicht erwarten, daß wir jungen Menschen diesem System und seinen Machteliten die Hand reichen. Da paßt ein anderes Körperteil schon besser.

Jugend aber ist nicht nur Zukunft, Jugend braucht auch Zukunft! Fast 50 Prozent der Sozialhilfeempfänger

sind junge Leute unter 25 Jahren. (...)

Schulklassen werden vergrößert, Schüler-Bafög abgeschafft, zu wenig LehrerInnen eingestellt. Kindern aus Arbeitnehmerfamilien wird der Zugang zu Hochschulen immer mehr verbaut. Denn: Immer weniger Studierende erhalten staatliche Unterstützung. Gleichzeitig ist die Einführung von Studiengebühren vorgesehen. So wird Jobben zum Hauptfach statt Maschinenbau oder Computertechnik.

Dabei braucht eine soziale Industriegesellschaft des 21. Jahrhunderts vor allem Bildung und Ausbildung.

Dieses Schauspiel, das die selbsternannten Eliten des Landes bieten, finde ich unwürdig. Sie reden zwar von der Zukunft, in Wirklichkeit aber zerstören sie unsere Zukunft. Während die EU-Staaten durchschnittlich 5,5



Prozent des Bruttosozialprodukts für Bildung ausgeben, sind es in Deutschland nur vier Prozent. (...)

Bundesregierung und Unternehmer haben den Klassenkampf von oben eingeleitet. Unsere Antwort kann nur lauten: Gegenwehr von unten. (...)

Wir brauchen Unruhe im ganzen Land. Wir brauchen jetzt mehr Gegenmacht, nicht mehr Partnerschaft. Wir jungen Menschen, die wir heute hier sind, wir wollen Perspektiven. Wir wollen eine neue Politik, die nicht Gewinne, sondern den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Menschen brauchen Ausbildung und Arbeit.

Um das zu schaffen, brauchen wir Bündnisse. Bündnisfähigkeit setzt Gleichberechtigung voraus. Nicht Unterordnung. Ich wünsche mir einen DGB, der für ein Bündnis von Arbeit, Bildung und Ausbildung kämpft. Wirklich kämpft! (...)

Der erste Schritt dazu: Das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung muß weg. Und der nächste große Schritt: Dieser Kanzler muß weg! Das wäre doch schon mal was!

Annelie Buntenbach (MdB, Bündnis 90/Die Grünen):

Keiner Gruppe dieser Gesellschaft wird es allein gelingen, diesen Deregulierungskurs, diese Ausgrenzungstaktik und damit die Zerschlagung des Sozialstaates zu verhindern. Unser Ziel: "Solidarität statt Ellenbogen" werden wir nur erreichen, wenn alle gemeinsam dafür kämpfen und in die Gesellschaft hinein mobilisieren. Es braucht eine gemeinsame Bewegung aus Gewerkschaften, Erwerbslosen, Initiativen, Menschen aus den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden und Oppositionsparteien. Wir müssen zusammen dafür kämpfen - jenseits unserer Unterschiede in Einzelfragen. Die große Aktion heute hier in Bonn ist ein zentraler Schritt, über den ich mich sehr freue. Aber - auch das muß uns klar sein - wir werden noch einen langen Atem brauchen.

Stephan W. Born (AFB Recklinghausen)

Anzeige

neu

Oliver Geden
Rechte Ökologie
Umweltschutz zwischen
Emanzipation und Faschismus
256 S., Paperback, DM 29,90

Jens Mecklenburg (Hrg.)
Antifa Reader
Antifaschistisches Handbuch
und Ratgeber
384 S., 70 Abb., Paperback
im Taschenformat, DM 24,90

Überall im Buchhandel

... oder Postfach 66, 12414 Berlin

ELEFANTEN PRESS

Antifa Edition

Aus der Türkei

Aus Türkei-Kurdistan

Aus der BRD

Tatsachen

Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)

2monatige Zeitschrift der Förderung der Demokratischen Arbeitervereine a.d. Türkei i.d. BRD e.V. (DIDF)

Beiträge zu den Themen

- AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus
- Probleme der Antifa-Arbeit
- Berichte und Analysen über die Entwicklung in der Türkei und Kurdistan
- aus den Gefängnissen in der Türkei und Türkei-Kurdistan
- kulturelle Aktivitäten
- Internationale Solidarität

Einzelpreis: DM 2,50 + Porto

Abonnentenbedingungen:

10 Nummern 20,- DM + Porto

20 Nummern 40,- DM + Porto

Zu bestellen bei:

DIDF

Jägerstr. 77

47166 Duisburg

ZUR INFORMATION:

DIE "SPARPLÄNE" DER BONNER REGIERUNG

*** ERWERBSLOSE**

Eine Null-Runde für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Eine Aussetzung der jährlichen Anhebung 1997.

Ältere Arbeitslose sollen künftig weniger als 32 Monate Arbeitslosengeld beziehen.

ABM-Maßnahmen in den neuen Bundesländern sollen bis zum Jahr 2000 auf West-niveau sinken.

Der Bundeszuschuß für die Bundesanstalt für Arbeit wird ab 1997 gestrichen.

Spätestens dann sind neue Angriffe auf Erwerbslose zu erwarten.

*** KÜNDIGUNGSSCHUTZ**

Heuern und Feuern in Kleinbetrieben. Anwendung des Kündigungsschutzes nur noch in Betrieben mit mehr als zehn (bisher fünf) Beschäftigten.

Die Grenze für befristete Arbeitsverträge für unter 60-Jährige wird von 18 auf 24 Monate erhöht.

*** LOHNFORTZAHLUNG**

Keine Lohnfortzahlung im ersten Beschäftigungsmonat. Nur noch 80 % der Lohnfortzahlung oder alle fünf Krankheitstage Opferung eines Urlaubstages.

Keine Anrechnung geleisteter Überstunden auf das Urlaubsgeld.

Anderslautende Tarifverträge behalten ihre Gültigkeit, sicher ist aber, daß sie in den nächsten Tarifrunden Ziel massiver Angriffe sein werden.

*** KUREN**

Dauer soll von vier auf drei

Wochen gesenkt werden. Anrechnung von zwei Urlaubstagen pro Woche ist geplant.

Statt alle drei Jahre sollen Kuren nur noch alle vier Jahre möglich sein.

Die Eigenbeteiligung soll verdoppelt werden (alte Länder von 12,- auf 25,- DM, neue Länder von 9,- auf 20,- DM pro Tag).

*** KRANKHEIT**

Eine Einsparung von 7,5 Mrd. DM ist bei der gesetzlichen Krankenversicherung geplant.

Zuschuß für Zahnersatz nur noch für die, die am 1.1.97 bereits 18 Jahre alt sind. Beihilfe für Brillen fällt weg. Der Eigenanteil bei Medikamenten steigt.

Die Kassen sollen ihre Maßnahmen auf "medizinisch" notwendige Leistungen reduzieren, also die langanhaltende Gesundheitsvorsorge einschränken.

*** RENTEN**

Für Frauen ab 1997 stufenweise Anhebung des Rentenalters von 60 auf 65 Jahre.

Für Männer ab dem Jahre 2000 Anhebung des Rentenalters von 63 auf 65 Jahre.

Die Anrechnungszeiten werden von sieben auf drei Jahre gesenkt.

*** NULLRUNDE IM ÖFFENTLICHEN DIENST**

Innen- und Finanzministerium erarbeiten ein Sparprogramm. Eine Nullrunde für Beamte, ArbeiterInnen und Angestellte ist vorgesehen.

Sie soll Pilot-Funktion für die Privatwirtschaft haben.

*** KFZ-STEUER**

Sie soll für alte Fahrzeuge, die bei Ozonalarm ein Fahrverbot bekommen, um 20,- DM je 100 ccm erhöht werden.

Besitzer neuer teurer Fahrzeuge, die heute schon die Abgasnorm Euro-3 erfüllen, werden bis ins Jahr 2002 bis zu 1000 DM weniger Kfz-Steuern zu zahlen haben.

Für Unternehmer, Millionäre und andere Steinreiche ist aber auch in der schlimmsten Krise ein Verteilungsspielraum vorhanden.

Die Regierung verteilt Steuergeschenke:

*** DIENSTREISEN/**

DIENSTWAGEN

Die 1995 stark gekürzten Verpflegungspauschalen bei Dienstreisen werden wieder auf den alten Stand gebracht.

Die private Nutzung von Dienstwagen soll durch Bundesratsinitiative wieder erleichtert werden.

*** BUTLER/**

DIENSTMÄDCHEN

Die Schaffung von "Arbeitsplätzen in privaten Haushalten" soll erleichtert werden.

Die steuerabzugsfähige Obergrenze wird auf 24.000 DM verdoppelt - auch für Haushalte ohne Kinder und Pflegebedürftige.

*** STEUERGESCHENKE**

Die Erbschaftssteuer wird gesenkt. Die Bewertung von Immobilien wird gesenkt.

Die Gewerbesteuer für Kapitalisten fällt weg. Außerdem wird für die "notleidenden" Unternehmer die Gewerbeertragssteuer gesenkt. Eine drastische Einkommenssteuersenkung ist für 1997 geplant.

ZU DEN AUFGABEN DER ANTIFASCHISTISCHEN BEWEGUNG

In diesem Jahr ist die antifaschistische Bewegung in wesentlichen Aufgabenfeldern nicht vorangekommen. Nach wie vor bestehen große inhaltliche Differenzen zwischen unterschiedlichen politischen Spektren, z.B. dem VVN-BdA-Spektrum, dem IVVdN-Spektrum in den neuen Bundesländern auf der einen und dem breit gefächerten Spektrum unterschiedlicher autonomer Ansätze auf der anderen Seite.

Auch die Versuche z.B. des Antifaschistischen Bundes (AFB) im Ruhrgebiet, eine internationale Orientierung der antifaschistischen Arbeit zur Diskussion zu bringen, sind bisher nur von wenigen Gruppen aufgegriffen worden.

Zwar betrachten es verschiedene Antifa-Gruppen als Teil ihrer Arbeit, den Kampf des kurdischen Volkes zu unterstützen (wie z.B. Teile der VVN-BdA) oder Solidarität mit den Flüchtlingen und AsylbewerberInnen in der BRD (insbesondere denen in den Abschiebeknästen) zu organisieren, aber dies ist nicht Bestandteil einer antifaschistischen Strategie auf internationalistischer Grundlage.

Im folgenden wird versucht, einige Überlegungen zu den vor uns liegenden Aufgaben zu formulieren und zur Diskussion zu stellen.

Was verstehen wir unter internationalem Antifaschismus?

Keineswegs erst mit dem Auftreten und den Morden türkischer Faschisten in Deutschland wurde uns vor Augen geführt, daß unser Kampf in Deutschland sich nicht ausschließlich gegen die deutschen Faschisten richten kann.

Schon seit Jahren werden vor allem türkische und kurdische Revolutionäre und Demokraten in Deutschland von dem Zusammenspiel zwischen türkischen Faschisten, türkischen Konsulaten/Geheimdiensten und deutschen (Staatsschutz)-Behörden angegriffen.

Die deutsche antifaschistische Arbeit hat dies bislang weitgehend nicht zur Kenntnis genommen. Die Ursache hierfür liegt in einer nach wie vor oft großen nationalen Borniertheit nicht nur deutscher AntifaschistInnen, sondern der deutschen Linken insgesamt.

Am wenigsten haben sich mit dieser Frage bislang die "traditionellen" AntifaschistInnen der VVN und des IVVdN beschäftigt. Sie gehen nach wie vor von der Gegenüberstellung Faschismus - demokratischer Humanismus aus und orientieren ihre Arbeit weitgehend an diesem Gegensatz.

Das führt bei der IVVdN in den neuen Bundesländern dazu, in erster Linie den Erhalt antifaschistischer Gedenkstätten zu fordern, soziale Interessen der älteren KollegInnen zu vertreten und dafür um Unterstützung durch Staat und Parteien einzutreten.

DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt die Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten in unserem Land gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf die Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in

Richtung auf schwarzbraune Koalitionen angeschoben wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Für 20,- DM, bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann DER RECHTE RAND abonniert werden; Postfach 1324 30013 Hannover.

Leseprobe (3 ältere Hefte) für 5,- DM (bar oder in Briefmarken).

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

"Radikale" Ansätze antifaschistischer Arbeit sind ihnen nach wie vor suspekt, wenn auch zumindest vor einzelnen Mitgliedern die Frage erhoben wird, ob nicht eher eine Zusammenarbeit mit "den Autonomen" angestrebt werden sollte als mit SPD und Gewerkschaftsführungen, wie dies bislang ausschließlich der Fall war.

"Die Autonomen" halten wiederum an ihrer nach wie vor bestehenden Hauptorientierung fest, nämlich faschistische Organisationsstrukturen und faschistische und rassistische Bestandteile staatlicher Repression zu bekämpfen und Solidarität mit den (nach ihrer Einschätzung) am stärksten von dieser Repression Betroffenen zu organisieren, nämlich den AsylbewerberInnen, insbesondere denen in den Abschiebeknästen.

Eine gewisse Öffnung hin zu einer internationalen Orientierung ist aber bei ihnen eher zu beobachten, insbesondere die Beschäftigung mit den Nazi-Strukturen in den USA weisen darauf hin.

Auch die (insbesondere auf örtlicher Ebene) Zusammenarbeit mit ausländischen revolutionären und demokratischen Organisationen in antirassistischen Bündnissen deutet an, daß dies Spektrum bereit ist, eigene Zielsetzungen zu überprüfen und zur Diskussion zu stellen.

Ein grundlegender Mangel der "autonomen Antifa" besteht nach wie vor in deren Verständnis von Solidarität.

Sowohl die Kampagnen für die Brandopfer in Solingen, Mölln oder Lübeck als auch die inzwischen jedes Jahr zu organisierende bundesweite Demonstration in Büren deuten an, daß die "Opfer" des Rassismus als "Objekte" der Solidarität angesehen werden, daß AusländerInnen und AsylbewerberInnen nicht als gleichberechtigte

Bündnispartner in einem gemeinsam zu entwickelnden Kampfverständnis gesehen werden.

In diesem Zusammenhang ist es bezeichnend, daß ein bürgerlich-demokratisch gesinnter Mann wie der Bürgermeister von Lübeck zum Bruch staatlicher Vorschriften und zum "illegalen" Unterbringen von AsylbewerberInnen in den deutschen Familien aufrief - in den autonomen Strukturen existiert eine solche Forderung nicht im Ansatz.

Konzepte wie die Schweizer Bewegung "Aktion Fluchtburg" sind in Deutschland kaum zur Geltung und zur Diskussion gekommen. Auch der "autonome" zivile Ungehorsam ist von einer solchen Perspektive weit entfernt.

Ähnliche Beschränkungen politischer Zielsetzung gibt es aber nicht nur bei deutschen AntifaschistInnen, sondern auch bei den meisten ausländischen revolutionären und demokratischen Organisationen.

Ein sinnfälliges Beispiel ist hier der bisher wenig erfolgreiche Versuch, ein Internationales antifaschistisches Forum im Ruhrgebiet aufzubauen.

Ursprünglich mit breiter (verbaler) Unterstützung vor allem von türkischen und kurdischen Organisationen in Angriff genommen, hatte dieser Zusammenschluß sich zwei gemeinsame Ziele gesetzt: Eine breite Gegenoffensive gegen die türkischen Faschisten einzuleiten und eine demokratische Bewegung gegen die staatliche Unterdrückung und

die Organisationsverbote gegenüber kurdischen Organisationen zu initiieren.

Einzig die kurdischen Organisationen haben bislang an diesen Zielen konsequent gearbeitet - die türkische Linke stellt ihre Differenzen untereinander bislang nach wie vor an die erste Stelle und ordnet sie nicht den gemeinsamen Aufgaben unter.

Die meisten Organisationen der türkischen Linken in der BRD sehen ihre politische Arbeit in gewissem Sinne als "Exil"-Tätigkeit, ihre konkreten Aktionen leiten sich meist unmittelbar aus

**Ab 1.7.96 in Buch- und
Infoladen oder zu bestellen
für 5.- DM + 2.- DM Porto:**

Antifaschistisches INFO 35 BLATT

aus dem Inhalt:

- Neonazis in der Offensive
- Junge Nationaldemokraten als Sammelbecken
- die Maulwurffunktion des "Ostpreußenblattes"
- Band-Interview: rechte Unterwanderung der Guffieszene?
- Italien nach der Wahl und dem Abtritt Berlusconi

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87.

Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 50 Seiten und ist Arbeitsgrundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen und Gruppen.

Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.- DM.

**Antifa Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin**

den Kämpfen in der Türkei ab (z.B. die Solidaritätsaktionen mit den Hungerstreikenden, die Gedenkveranstaltungen an die Ereignisse in Sivas oder Gazi usw.).

Es fehlt auch hier eine konkrete Orientierung antifaschistischer Aufgaben, die sich zumindest auch aus den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Deutschland ableiten.

Es bleibt unbestritten, daß ausländische Organisationen in Deutschland einen wichtigen Beitrag zu den Kämpfen in ihren Heimatländern leisten müssen, die einseitige *Beschränkung* auf diese Aufgaben ist aber sowohl für die Entfaltung einer internationalistischen Perspektive antifaschistischer Arbeit in Deutschland als auch für eine stärkere Einbeziehung deutscher demokratischer Kräfte für die internationale Unterstützung der Kämpfe in den Heimatländern hinderlich. Welcher deutsche Antifaschist weiß schon, mit welchen Zielen z.B. die DHKP-C oder die EMEK-Partisi in der Türkei kämpft?

Welcher türkische Antifaschist weiß schon, welche Ziele die VVN oder der AFB vertreten?

Um eine internationale antifaschistische Orientierung zu erreichen, müssen wir bereit sein, von einander zu lernen, ideologisch, politisch und auch kulturell.

Dies ist eine gewaltige Aufgabe, doch wenn wir sie nicht gemeinsam angehen, bleibt der Antifaschismus nach wie vor eine gesellschaftliche Randerscheinung und wird aus seiner bestehenden Defensive sich nicht lösen.

Klarheit schaffen nicht nur über unsere Feinde, sondern auch über unsere Wünsche und Ziele

Nicht zuletzt das Flugblatt autonomer linker Kräfte auf der

Bonner Demonstration am 15. Juni zeigte schlaglichtartig auf, wie unentwickelt die Diskussion unter Linken und AntifaschistInnen in unserm Land ist, wenn es um das geht, was wir *an die Stelle* von Faschismus, Rassismus und staatlicher Repression setzen wollen, welche *Alternativen* wir zur kapitalistischen und imperialistischen Ausbeutung anstreben und welche *Vorstellungen von demokratischem und solidarischem Zusammenleben* wir diskutieren.

"Her mit dem schönen Leben" hieß es in dem erwähnten Flugblatt - aber wie das "schöne Leben" zukünftig aussehen könnte, darüber erfahren wir wenig.

Selbstverständlich sind sich alle einig in Forderungen wie "Menschenwürdige Wohnungen für alle" oder "Soziale Sicherung für alle".

Selbstverständlich besteht in der Linken Konsens darin, daß wenige imperialistischen Länder verantwortlich sind für die Tatsache, daß Menschen in aller Welt ihre Heimatländer verlassen müssen und in "reicheren Ländern", auch in Deutschland, soziale Sicherheit und Bleiberecht suchen.

Daß ihnen dies aber auch tatsächlich zusteht und sie dies zu Recht fordern und einklagen, darüber besteht nun keineswegs Einheit.

Oft werden Flüchtlinge und MigrantInnen nur noch unter dem Aspekt gesehen, daß sie staatlicher Repression ausgesetzt sind und daß sie als AusländerInnen "ausgegrenzt" werden. *"Grenzen auf für alle"* ist die Forderung, die deutsche Linke und AntifaschistInnen 'für die AusländerInnen' aufstellen, die Forderung nach dem "schönen Leben" wird nicht als gemeinsames Kampfziel aller Völker, aller Menschen, aller Flüchtlinge und MigrantInnen formuliert.

Zumindest an einer Stelle versucht das oben erwähnte Flugblatt Ansätze zu entwickeln, was unter dem "schönen Leben" zumindest nicht verstanden wird: Eine "profitorientierte Verwertung des Menschen".

Nun soll diese Forderung hier nicht mißverstanden werden und den Verfassern unterstellt werden, sie forderten stattdessen eine nicht-profitorientierte "Verwertung" des Menschen, dennoch wird im Text des Flugblattes deutlich, daß die Diskussion über die Zukunft über allgemeine Vorstellungen noch kaum hinausgekommen ist: Dort heißt es: *"Der Sozialismus ist nicht gescheitert, die sozialistische Idee ist nach wie vor richtig und wichtig, er hat sich bisher nur noch nicht durchgesetzt."*

Das reicht angesichts der realen Vorbehalte, die viele Menschen nach dem Scheitern der Staaten des ehemaligen "Warschauer Paktes" gegenüber dem Sozialismus und Kommunismus haben, nicht aus.

Auch wird kaum jemand die Realität in China oder Cuba, deren Anspruch ja nach wie vor sozialistisch und kommunistisch daherkommt, als Modell einer "besseren Gesellschaft", eines "schöneren Lebens" akzeptieren.

Zwar ist inzwischen von vielen erkannt worden, daß auch die Menschen in Deutschland, die für ein "schöneres Leben" eintreten, nicht einfach den Weg der Menschen in anderen Ländern 'nachmachen' können - doch ohne eine Kritik an dem, was in anderen Ländern unter dem Namen "Sozialismus" und "Kommunismus" praktiziert wurde, werden wir auch keinen eigenen Weg zu einer Gesellschaft, die mit der "profitorientierten Verwertung des Menschen" Schluß macht, entwickeln können.

AntifaschistInnen sind Teil der Gesellschaft, Diskussionen darum, wie eine Alternative zu dem Bestehenden aussehen könnte, gehen nicht an uns vorbei.

Insbesondere die Tatsache, daß die sozialen Auseinandersetzungen in Deutschland, die Klassenkämpfe sich erneut schärfer und für viele deutlicher *als solche erkennbar* zu entwickeln beginnen, stellen auch uns vor die Aufgabe, unseren Standort in diesen Auseinandersetzungen zu bestimmen und darüber mit anderen demokratischen und linken Kräften das Gespräch und die Auseinandersetzung zu suchen.

Nach wie vor sind die *"sozialen Kämpfe"* für viele AntifaschistInnen **nicht** *"Teil des Antifaschismus"*.

Doch nicht zuletzt die Unterstützung der REPs durch 18 % der Bauarbeiter bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, die nationalistische und rassistische Orientierung gegen die *"Fremdarbeiter"* aus vor allem ostdeutschen Ländern in der Bau-Industrie, die selbst von führenden Funktionären der IG Bau betrieben wird, machen deutlich, daß neue Aufgaben auf AntifaschistInnen zukommen.

Allerdings wird uns nicht nur diese direkte Auseinandersetzung mit Faschisten (und Forderungen wie *"Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter"*)

beschäftigen.

Vielmehr müssen wir über eine grundlegende Strategie antifaschistischer Zukunftsperspektiven nachdenken, die sowohl die Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen und der staatlichen Repression einbezieht bzw. einen Rahmen entwickelt, innerhalb dessen eine solche Debatte innerhalb der antifaschistischen Bewegung ermöglicht werden kann, als auch teilnehmen an den Diskussionen linker und revolutionärer ausländischer und deutscher Organisationen bzw. zumindest daran mitarbeiten, daß die Bedingungen geschaffen werden, unter denen solche Diskussionen ohne Berührungängste, ohne gegenseitige *"Bekehrungsversuche"*, offen und vorurteilsfrei geführt werden können.

Weder darf die antifaschistische Bewegung sich als *"neue soziale Avantgarde"* mißverstehen noch sollte sie schematisch eine Diskussion in der skizzierten Richtung verhindern oder künstliche Gräben zwischen linken, sozialistischen Zielen und *"dem Antifaschismus"* schaffen.

Wie gegen die faschistischen Organisationen kämpfen ?

Noch am nachhaltigsten hat die antifaschistische Arbeit im *"direkten"* Kampf gegen die

faschistischen Organisationen Wirkung gezeigt. Auf diesem Feld sind deutliche Erfolge erzielt worden. Nicht nur über den *"harten Kern"* faschistischer Organisation, sondern auch das *"politische Umfeld"* wurden von den unterschiedlichsten antifaschistischen Gruppen oft hervorragende Recherchen angestellt, in zahlreichen Publikationen wurden die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt. Fernsehsendungen über faschistische Tendenzen in der *"Esoterik-Szene"* wären kaum denkbar ohne die teils langjährige Vorarbeit einzelner Gruppen und antifaschistischer Einzelpersonen.

So positiv diese Informationstätigkeit aber auch zu bewerten ist, sie ist zu wenig eingebunden in offensive politische antifaschistische Strategie.

"Zerschlagung" der Nazi-Strukturen - wie soll das bewerkstelligt werden ?

Wohl kaum dadurch, daß die antifaschistische *"Selbsthilfe"* Wohnungen, technischen Apparat und letztlich die führenden Faschisten *"beseitigt"*.

So richtig es ist, daß wir uns im Kampf gegen die faschistischen Banden nicht auf Polizei und Staat verlassen - dann wären wir tatsächlich verlassen - , so falsch ist es aber auch, die *"Selbsthilfe"* nicht in ein strategisches Konzept einzubeziehen, daß den Kampf um den Erhalt

"dem einfach was entgegensetzen ..."

Edelweißpiraten

antifaschistischer Jugendwiderstand im Nationalsozialismus und heute

Dokumentarvideo, BRD 1996, 50 min.

Verleih durch autofocus:

Eisenbahnstr. 4, 10997 Berlin, Tel. 030-618 80 02, Fax 030-611 15 83

und die Ausweitung bürgerlich-demokratischer Rechte offensiv führt.

Der Kampf um das "Verbot aller faschistischer Organisationen" ist hiervon ein Element, Forderungen nach Abschaffung des Ausländerrechts und für gleiche Rechte, Forderung nach Antirassismus-Gesetzen und der Kampf um die Wiederherstellung des vollen Asylrechts sind weitere wichtige Kampfziele.

Die falsche Vorstellung, daß der staatliche Abbau demokratischer und sozialer Rechte unumkehrbar ist, verbunden mit der Illusion, daß dieser Prozeß automatisch bei größeren Teilen der Bevölkerung zur Einsicht in die Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung "des Ganzen" führt, sind Gründe, die die Entfaltung eines solchen offensiv geführten demokratischen Kampfes verhindern.

Hinzu kommt häufig eine resignierte Haltung gerade dort, wo dieser Kampf jahrelang in der Hoffnung geführt wurde, daß letztlich die "Verfassung" und sein oberster Sachwalter, das Bundesverfassungsgericht, ein Bollwerk und einen Garanten für den Erhalt demokratischer Rechte darstellen.

Daß dies eine Illusion ist, dämmert inzwischen auch vielen Menschen, die in der Flüchtlingsarbeit und in Unterstützergruppen AsylbewerberInnen jahrelang sich aufgerieben haben.

Der demokratische Kampf kann nur als breite BürgerInnenbewegung erfolgreich sein, die sich gegen den staatlichen Demokratieabbau zur Wehr setzt.

Eine weitere schädliche Tendenz, die z.B. die Kampagne für das Verbot faschistischer Organisationen fast zum Erliegen gebracht hat, liegt in der Argumentation, der Staat werde Verbote von faschistischen Organisationen "nutzen", um noch

schärfer gegen linke und demokratische Bewegungen vorzugehen.

Der Staat geht aus grundsätzlichem Interesse gegen linke und demokratische Bewegungen vor, und es gibt keinerlei "Deal" zwischen uns und dem Staat in dieser Auseinandersetzung. Die Idee, wenn wir auf den Kampf um Verbote der Faschisten verzichten, läßt er uns etwas "freier" agieren, ist grundsätzlich illusionär. Auch die Realität zeigt, daß diese Argumentation nicht zutrifft. Nach dem Verbot einer Reihe faschistischer Organisationen (FAP, NF) hat es keineswegs eine breite Verbotswelle gegen linke und demokratische Organisationen gegeben - was nicht heißt, daß es dies staatliche Bestreben nicht permanent gibt.

Die Angriffe gegen kurdische Organisationen, die verstärkte Bestrebung, die PDS in die verfassungsfeindliche Ecke zu drängen, sind nicht auf dem Hintergrund zu beurteilen, daß dieser Staat ein paar faschistische Gruppen verboten hat.

Grundsätzlich muß davon ausgegangen werden, daß dieser Staat ein Interesse am Erhalt legaler faschistischer Strukturen hat, nicht zuletzt wegen deren Funktion als Terroreinheiten gegen die Linke, wobei im Prinzip arbeitsteilig vorgegangen wird. Ohne diesen Zusammenhang hier weiter zu entwickeln, treten wir dafür ein, daß erneut der Versuch unternommen wird, eine breite Bewegung für das Verbot aller faschistischer Organisationen zu entwickeln.

Antifaschistische Konzepte gegen Militarisierung und imperialistische Expansion formulieren

Erfreulich ist, daß in einer ganzen Reihe von antifaschistischen

Organisationen über das deutsche imperialistische Interesse an weltweiter Expansion und die damit notwendig verbundene militaristische Offensive diskutiert wird.

Gerade bei dieser Aufgabe stehen wir aber in der Öffentlichkeit inzwischen einem breiten Konsens zwischen allen großen bürgerlichen Parteien - einschließlich Bündnis 90/Die Grünen - gegenüber. Die Ideologie des deutschen Imperialismus, mit Bundeswehreinheiten in aller Welt "Frieden" zu schaffen, ist kaum entlarvt. Das nackte Interesse der "Befriedung" zwecks gesicherter Bedingungen zur Ausbeutung von Ressourcen fremder Länder und zur Eroberung neuer Märkte steht kaum zur Diskussion.

Auch dies ist u.E. eine 'neue' Aufgabe der AntifaschistInnen - sie stellt wiederum einen historischen Zusammenhang her zu den Hauptzielen der "alten" AntifaschistInnen, für die der Kampf gegen Faschismus und Krieg immer eine untrennbare Einheit darstellte - allerdings in der Vergangenheit. Eine aktuelle Bestimmung antifaschistischer Politik gegen die heutige Kriegspolitik des deutschen Imperialismus steht noch aus.

Die angerissenen Punkte mögen als Diskussionsanreiz dienen - sie erheben keineswegs den Anspruch, alle wesentlichen Fragen unserer Bewegung thematisiert zu haben.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn andere antifaschistische Zusammenhänge in die Diskussion einstiegen, egal in welcher Form.

Stephan W. Born (Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet)

Veranstaltung des Internationalen Antifaschistischen Forums Ruhrgebiet zum Thema "Graue Wölfe"

Für den 2. Juni 1996 ab 11 Uhr hatte das Internationale Antifaschistische Forum Ruhrgebiet zu einem antifaschistischen Aktionstag in die Räume des Vereins für Medienarbeit in Dortmund (Scharnhorststr. 13) geladen. Wegen des schlechten Besuchs wurde mit einstündiger Verspätung begonnen. Bis dahin waren gerade mal acht Personen erschienen.

Gezeigt wurde zunächst der Film **"Im Schatten der Generäle"**, der in sehr dichter Form die militärische Durchdringung des türkischen Staates und der türkischen Gesellschaft darstellt. Die geplante anschließende Diskussion mußte jedoch ohne den Regisseur, Peter Vogel, der aus Gesundheitsgründen kurzfristig abgesagt hatte, stattfinden. Die dadurch entstandene längere Mittagspause wurde teilweise durch Ansehen eines Videos über den 1. Mai in Istanbul überbrückt.

Als der kurdische Schriftsteller **Serdar Celik** (Verfasser mehrerer Bücher über den mörderischen Umgang mit Journalisten und Zeitungen, die den Spezialkrieg der Republik Türkei gegen das kurdische Volk angeprangert haben) mit einem geschicht-

lichen Überblick und einer politischen Einordnung der faschistischen MHP (= Partei der Nationalen Bewegung) sein Referat begann, füllte sich der Raum auf 30 bis 40 (überwiegend türkische und kurdische) Personen; die am Vormittag anwesenden Personen waren jedoch - bis auf die Forumsmitglieder - nicht mehr dabei. Die Übersetzung des Vortrags ins Deutsche und das Dolmetschen bei der anschließenden Diskussion übernahm ein Vertreter des Kurdischen Roten Halbmonds.

Serdar Celik stellte die Rolle der MHP seit ihrer Gründung im Zusammenhang mit der vom US-Geheimdienst CIA entwickelten psychologischen Kriegsführung bis heute dar und machte insbesondere deutlich, daß es sich nicht um eine Partei wie

andere handelt, sondern um ein Staatsorgan, das als Partei auftritt, dessen Mitglieder aber auch auf den Kandidatenlisten anderer Parteien stehen können. Ihre Rolle ist heute eingeschränkter, da die Mordmaschine türkische Kontraguerrilla zahlreiche Organe entwickelt hat, mit denen sie arbeitsteilig vorgehen kann.

Eine Vertreterin des deutsch-kurdischen Freundchaftsvereins Mainz berichtete über die seitens der deutschen Stellen erzeugten Schwierigkeiten bei ihrer Ermittlung der Umstände des **Mordes an Hasan Kaya**. Dieser war am **16. April** bei einem Flüchtlingsheim in Ingelheim (bei Mainz) während einer Auseinandersetzung zwischen kurdischen und kosovo-albanischen Flüchtlingen durch zahlreiche Messerstiche schwer verletzt worden und in Anwesenheit der Polizei verblutet. In der Öffentlichkeit war der Mord als Ergebnis der Schlägerei dargestellt worden, wobei teilweise wüst spekuliert wurde (in einigen Medien war sogar von Auseinandersetzungen zwischen zwei Rauschgiftbanden die Rede) und über die Anwesenheit einer Gruppe von heimfremden türkischsprechenden Personen, die sich auf Seiten der Kosovo-Albaner an

Anzeige

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER




SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

der Auseinandersetzung beteiligten und auf deren Konto wahrscheinlich der Mord ging, unerwähnt blieb. Erfahrungen aus der jüngsten Zeit zeigen, daß Graue Wölfe (Schlägerorganisation der MHP) an verschiedenen Orten in der BRD Konflikte zwischen Kosovo-Albanern und Kurden geschürt haben. Ob die in Ingelheim aufgetretene Schlägergruppe dazugehört hat, dafür liegen handfeste Beweise nicht vor. Die Ermittlungsschwierigkeiten des Freundschaftsvereins fingen schon damit an, daß die kurdischen Flüchtlinge sofort auf verschiedene andere Heime verteilt worden waren. Von den albanischen Flüchtlingen aber sprach kaum einer deutsch und oder türkisch. Die ausfindig gemachten kurdischen Zeugen sagten aber übereinstimmend aus, daß die Schlägerei von einer Gruppe von etwa 70 türkischsprechenden Leuten, die sie zuvor noch nie gesehen hatten, angezettelt worden sei. Diese hätten einige von ihnen, die ihnen zunächst als Einzelpersonen begegnet waren, unter Mißhandlungen in ihre Zimmer getrieben und dann versucht, dort einzudringen. Die Art und Weise, wie sie das taten, hätten ihnen große Angst eingejagt. Wie weit sich die Albaner, mit denen sie tags zuvor eine (sehr viel harmlosere) Auseinandersetzung gehabt hatten, daran beteiligt hatten, konnte niemand von den Befragten angeben. Wohl aber wußten einige, daß Hasan Kaya noch gelebt hatte, als die Polizei kam, diese aber jegliche Hilfeleistung unterlassen oder gar unterbunden habe. Die Polizei hatte sich dann

dem Anwalt der Familienangehörigen gegenüber gewei-gert, den Leichnam untersuchen zu lassen, diesen vielmehr sogleich zum Frankfurter Flughafen gebracht, um ihn ausfliegen zu lassen, ohne daß einer der Angehörigen ihn zu sehen bekam. Einige von ihnen sind in Frankfurt sogar mehrere Stunden lang festgehalten worden, bis schließlich einem Bruder erlaubt wurde, mit auszufliegen. Der Leichnam wurde in Istanbul von der dortigen Polizei sofort beschlagnahmt und ist seither verschwunden; der Bruder des Toten ist in Istanbul sogleich verhaftet worden; ob er inzwischen wieder freigelassen worden war, wußte die Referentin nicht.

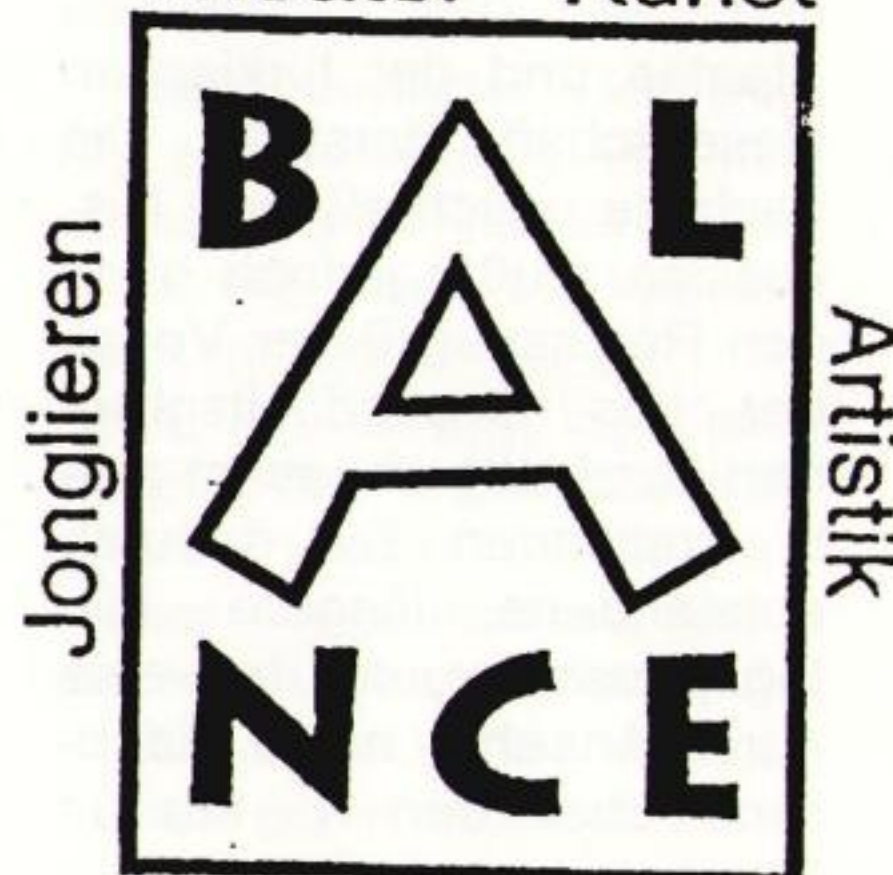
Ange-sichts der zeitlichen Verschiebungen und der intensiven Gesprächsführung wurde auf das Kulturprogramm verzichtet.

Die inhaltlich sehr gute Veranstaltung hätte ein zahlreicheres Publikum verdient gehabt, was bei einer gründlicheren Vor-

bereitung durchaus möglich gewesen wäre. Erschwerend hinzu kam, daß ein Flugblatt erst wenige Tage vor der Veranstaltung verteilt wurde. Von einem Aktionstag kann - insgesamt betrachtet - keine Rede sein. Nicht einmal die Kosten konnten gedeckt werden.

KD

Theater Kunst



Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

BUCHLADEN

TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Bozkurtlar defolun!*

Faschistische GRAUE WÖLFE gewinnen in Kiel immer mehr an Einfluß

Im Kieler Stadtteil Gaarden wird gerne und viel gesprüht. Abgesehen von den - für Außenstehende kaum dechiffrierbaren - "Tags" der SprüherInnen-Szene, sah man in Gaarden in letzter Zeit häufig Parolen der linken, türkischen "Revolutionären Volksbefreiungsfront" (DHKC) oder der marxistisch-leninistischen TKP-ML oder MLKP.

Längere Zeit schien sich an den z.T. riesigen Lettern niemand zu stören. Anfang Mai wurden jedoch sämtliche DHKC- und MLKP-Sprühereien übertüncht oder übersprüht und mit Parolen äußerst "geschmackvollen" Inhalts kommentiert. So heißt es z.B. an einer Stelle in türkischer Sprache "Entweder wir machen sie mausetot oder sie werden Blut husten". Solche Drohungen oder auch Sprühereien mit Symbolen und Parolen der faschistischen GRAUEN WÖLFE (Jugendorganisation der türkischen Partei MHP - Milliyetçi Hareket Partisi, Partei der nationalen Bewegung), wurden allesamt mit den selben Kürzeln K.I.K., T.I.K. bzw. T.I.T. unterzeichnet. Übersetzt bedeuten diese Abkürzungen soviel wie "Türkisches Rächer-Kommando" (T.I.K.) bzw. "Türkische Rächer-Brigaden" (T.I.T.) oder "öffentliches Rächer-Kommando" (K.I.K.).

Solche Kommando-Bezeichnungen verwendeten die Grauen Wölfe bereits in den 70er Jahren bei ihren Terroranschlägen in der Türkei. Nach Angaben türkischer Oppositioneller sind die Bezeichnungen T.I.K. und T.I.T. aus Kreisen des türkischen

Geheimdienstes (MIT) und der türkischen Kontraguerrilla bekannt.

Die Symbole der MHP, roter Halbmond mit drei Sternen sowie das Graue Wolf-Handzeichen - zwei Mittelfinger mit dem Daumen verbunden, die beiden Außenfinger gestreckt - sind in Gaarden immer häufiger zu sehen.

Für das Regime in Ankara stellen MHP und Graue Wölfe ein nützliches Instrument zur Verfolgung und Einschüchterung von RegierungsgegnerInnen in der BRD dar. Für die kurdischen und alawitischen Vereine in Kiel gehören die vermehrt auftretenden Grauen Wölfe-AnhängerInnen, insbesondere in Gaarden, und ihre Sprühereien zur Strategie der türkischen Regierung, auch hier Angst zu verbreiten und ihre allumfassende Präsenz deutlich zu machen. Die Drohungen der Grauen Wölfe von Anfang Mai werden äußerst ernst genommen und es wird durchaus damit gerechnet, daß es nicht bei bloßen verbalen Androhungen bleiben wird. erinnert sei hier an den (vorläufigen) Höhepunkt der Terrorwelle der Grauen Wölfe, als diese im vergangenen September in Neumünster den 21jährigen Kurden

Seyfettin Kalan ermordeten und zwei seiner Freunde schwer verletzten.

Die Aktivitäten und Erfolge der Faschisten sind unübersehbar, doch die antifaschistische Linke (ungeachtet welcher Herkunft) steht dem Terror immer noch ziemlich rat- und tatenlos gegenüber. Das muß sich schleunigst ändern, bevor faschistische Gruppen (nicht nur) in Gaarden noch mehr Zulauf und Macht gewinnen und ihren Terror weiter ausüben können.

(aus: ATZE Nr. 28 v. Juni/August 1996)

*= Graue Wölfe raus! (Anm. d. Red.)

Anzeigen

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

PARTEI DER ARBEIT (EMEK PARTISI) DARF NICHT VERBOTEN WERDEN !

Die Partei der Arbeit (Emek Partisi) wurde nach einer längeren Aufbauphase offiziell am 25. März 1996 von Arbeitern, Gewerkschaftern und Intellektuellen gegründet, die innerhalb der letzten zehn Jahre ihren Platz im Kampf für Demokratie eingenommen haben.

Das Organisationsverständnis, Statut und das Programm unserer Partei wurde seit einem Jahr nach zahlreichen Diskussionen auf Versammlungen und Veranstaltungen, an dem Tausende von Werktätigen teilgenommen haben, ausgearbeitet.

Jedoch hat die Generalstaatsanwaltschaft der türkischen Republik unter dem Vorwurf, in dem Satzungsartikel "Demokratische Volkslösung der kurdischen Frage" werde Separatismus betrieben, ein Verbotsverfahren gegen unsere Partei eingeleitet. Die unter dem Titel "Demokratische Volkslösung der kurdischen Frage" hervorgehobenen Forderungen, die eng mit der kurdischen Realität verbunden sind, beinhalten folgende Punkte:

* *Schluß mit der Unterdrückung des kurdischen Volkes und der Aufhetzung des kurdischen und türkischen Volkes gegeneinander durch Imperialismus, Kapital und türkische und kurdische Reaktion;*

* *Aufhebung aller Verbote gegenüber dem kurdischen Volk, Abzug von Militär und anderen bewaffneten Kräften aus der Region, vollständige Freiheit und Gleichberechtigung für ethnische Kulturen, für alle Völker und Sprachen;*

* *Nationale Freiheit, gleiche Rechte und eine basisdemokratische Staatsform, die die*

Gleichberechtigung und einheitliche Einheit garantiert.

Laut der Anklageschrift hätte unsere Partei "die unteilbare Einheit der Nation und des Staates" verletzt, da sie die Existenz von ethnischen Gruppen hervorheben und begünstigen wolle. Diese Beschuldigungen und Vorwürfe dienen einzig und allein dem Zweck, die Bevölkerung irreführen und das Recht der Arbeiter und Werktätigen auf freie Organisation außer Kraft zu setzen.

Während bürgerliche Parteien und ihre Führungskräfte in zahlreiche Bestechungsfällen, persönliche Bereicherungsskandale und Intrigen verwickelt sind, aber trotzdem als unverzichtbare Bestandteile der sogenannten Demokratie angesehen werden, versucht man mit allen Mitteln, die **Partei der Arbeit** unter dem Vorwand, separatistische Ziele verfolgt zu haben, zu verbieten.

Bisher wurden in der Türkei sieben Parteien unter dem gleichen Vorwand verboten. Allein diese Tatsache zeigt, daß die Organisations- und Meinungsfreiheit allein der herrschenden Klasse vorbehalten ist. Im Grunde genommen ist diese Tatsache eine Spaltung und ein offener Separatismus.

Schließlich zeigt es auch, daß jede Partei, die Ausbeutung und Unterdrückung abschaffen will, als

"gesetzwidrig" abgestempelt und somit verboten wird. Jedoch werden die Initiatoren der Partei nicht tatenlos zusehen, daß ihre Partei, Produkt eines langjährigen Kampfes, einfach verboten wird. Wir sind der Meinung, daß alle, die sich für eine demokratische und unabhängige Türkei einsetzen, das Verbot einer Partei der Arbeiter und Werktätigen nicht einfach hinnehmen werden und alle Mittel dagegen einsetzen werden.

Deshalb rufen wir die fortschrittliche, demokratische und revolutionäre Öffentlichkeit auf, sich gegen dieses Verbotsverfahren zu stellen, mit der **Partei der Arbeit** Solidarität zu üben und die Unterschriftenkampagne sowie ihre Aktivitäten zu unterstützen.

Levent Tüzel (Vorsitzender der Partei der Arbeit),
17. 6. 199

Protestschreiben an:

Anayasa Mahkemesi
Simon de Bolivar Cad. 23
Ankara/Türkei
Fax: 0090-312-439592

Solidaritätsschreiben an:

Emek Partisi
Hatay 2. Sok. No.: 20/18
Kizilay/Ankara
FGax: 0090-312-4258556

(aus: Unidad y Lucha, 2/95)

Mexiko:

Im Netz von Neoliberalismus und Freihandelsabkommen (NAFTA)

Teil 2

Dieses Ungleichgewicht von 28 Milliarden Dollar ist bedeutsam für die Tatsache, daß die Industrie für jeden Dollar, den sie für Warenverkauf im Ausland einnahm, Einkäufe für 2,27 Dollar tätigte. Auch die Maquiladora-Industrie stellt für die (nationale)* Bourgeoisie ein dickes Geschäft dar, obgleich nur 1,5 % der Gesamtsumme an Investitionsgütern, die für die Maquiladora-Industrie verausgabt wird, nationalen Ursprungs sind.

In diesem Zusammenhang erzählen uns die neoliberalen Rezepte der "Chicago Boys" (Verfechter des Monetarismus)*, der Weg, der Krise zu entgehen, bestehe in einem Mittelweg zwischen Dämpfung der Inflation, Verringerung der öffentlichen Ausgaben und Obergrenzen für Löhne, um das BIP zu erhöhen. Das erste ist von ihnen erreicht worden, da ja die Obergrenzen für Löhne für die Bourgeoisie über Kollektivverträge über die Arbeitsbedingungen, die der Arbeiterklasse und anderen Lohnabhängigen aufgenötigt werden, wirksam geworden sind. Darüber hinaus sind die indirekten Löhne über die öffentlichen Dienste verringert worden, da eine Senkung der öffentlichen Investitionen von 10,3 % 1981 auf 4,3 % 1993 stattgefunden hat. Das führte zu einer Verschlechterung bei den der Reproduktion der Arbeitskraft dienenden Diensten, die ein Minimum in das Überleben der lebendigen Arbeit investiert haben.

Die Kehrseite der Medaille zeigt uns aber, daß der bürgerliche Staat kampflustig geworden ist, um die unzufriedene Bevölkerung niederzuhalten, da ja, obgleich die öffentlichen Ausgaben gesenkt werden, die vorzusehenden Kosten für die Nationale Sicherheit (Seguridad Nacional), die die Posten Armee (Defensa), Seestreitkräfte (Marina), Oberste Anklagebehörde (Procuraduria General) und Innenministerium (Gobernacion) umfaßt, 1995 eine Gesamtsteigerung um 14,13 % im Vergleich zu dem, was 1994 vorgesehen war, erfahren sollten. 1994 erreichte dieser Posten 11,1834 Milliarden neue Peso, für 1995 sollten sich die angesetzten Ausgaben für die bewaffneten Kräfte auf 12,7644 Milliarden Peso belaufen.

Carlos Salinas de Gortari und seine Bluthunde brüsteten sich eines angeblichen Anstiegs des BIP. Das ist gelogen. In Wirklichkeit erfuhr das BIP Zu- und Abnahmen, bei einer Abnahme 1990 und einer leichten Zunahme 1994, die zum Preis von maximaler Ausbeutung und Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterklasse und der Werktätigen insgesamt erreicht wurde, aber selbst so wurden die Standards von 1990 nicht erreicht und sind mit Sicherheit im Jahr 1995 zurückgegangen, wie folgende Tabelle zeigt.

BRUTTOINLANDSPRODUKT

<u>Jahr</u>	<u>Jahreswachstumsraten</u>
1987	1,4
1988	1,4
1989	2,9
1990	3,0
1991	3,6
1992	2,8
1993	0,4
1994	2,4

Der obige wirtschaftliche Zusammenhang hat sich seit der Usurpation der Macht durch Ernesto Zedillo nicht geändert, im Gegenteil, die wirtschaftliche Krise hat sich verschärft und eine Finanzkrise ausgelöst.

Mit der Abwertung vom 20. Dezember 1994 und dem Börsenkrach vom 21. Dezember 1994, bei dem die "großen Fische" die höchsten Profite erzielten, zogen die Kapitalisten, die erste Anzeichen einer Instabilität erblickten, die sich auf ihre Gewinne negativ auswirken könnte, ihr Kapital aus dem Land ab, trotz ihrer angeblichen "patriotischen" Gesinnung. Das einzige Vaterland, das sie kennen, heißt Profit.

Im Zeitraum Oktober bis Dezember 1994 haben 10,1076 Milliarden Dollar Mexiko verlassen.

Wenn wir die obige Tendenz im Zusammenhang mit dem schwindelerregenden Anstieg der Preise für Waren unter dem Vorwand der Abwertung sehen, erhalten wir ein Panorama, das uns begreifen läßt, wie die ohnehin schon sehr geringen Löhne für die Arbeitskraft, die auch so schon verschlechtert worden waren, in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

Auch die Transaktionen des spekulativen Finanzkapitals haben einen großen Markt in Mexiko, da ja die Investitionen der nationalen und ausländischen Kapitalisten direkt die Instrumente der spekulativen Investition, Zinsscheine wie CETES und TESOBONOS, die eine höhere Verschuldung des Landes bedeuten, schaffen, zugleich aber der Staat denen, die in diese Zinsscheine investieren wollen, höhere Zinssätze anbietet; so bedeutet in Wahrheit das jüngste Darlehen des Imperialismus eine Zahlung an die Herren des Finanzkapitals, die sich mit der Regierung, die ebenfalls beteiligt ist, verschworen haben, um zum Preis von höherer Verschuldung und Unterwerfung unter den Imperialismus ein dickes Geschäft zu machen. Die Verschwörung des bürgerlichen Staates mit dem Finanzkapital läßt sich deutlich am gesteigerten Ankauf von Schatzanweisungen beobachten, der im Zeitraum November/Dezember 1994 stattfand, was in der nächsten Tabelle aufgezeigt wird.

Auf diese Weise wird die "Hilfe" des Internationalen Währungsfonds (IWF), des US-Imperialismus, der Zentralbanken Europas und Japans, der Internationalen Handelsbank usw. in den Händen der großen Oligarchen wie Jorge Ballesteros, Adrian Sada Gonzalez, Carlos Gomez Gomez (Vizepräsident der Banker-Assoziation von Mexiko), Alberto Santos de Hoyo (Senator für Nova Leon) usw. bleiben, denn:

"Die nationalen and ausländigen Inhaber von Schatzanweisungen könnten im Laufe dieses Jahres 91 x 1,717 Milliarden neue Peso im Austausch gegen diese Wertpapiere erlangen, was Mexiko an den Rand der Zahlungsunfähigkeit bringen und die nationale Wirtschaft in die akuteste Krise der letzten 13 Jahre stürzen würde." (LA JORNADA, 07. Febr. 1995)

Die folgende Tabelle zeigt das Fälligwerden der (eingelösten)* Schatzanweisungen, das 1995 stattgefunden hat:

FÄLLIGWERDEN VON SCHATZANWEISUNGEN 1995

(ausgedrückt in Milliarden neuen Peso)*

	<u>pro Monat</u>	<u>Akkumulation</u>
Januar	3,629	3,620
Februar	3,500	7,120
März	3,230	10,350
April	1,850	12,200
Mai	2,700	14,900
Juni	1,900	16,800
Juli	3,700	29,500
August	4,000	24,500
September	0,650	25,150
Oktober	0,860	26,010
November	2,300	28,210
December	0,715	28,925
Summe	28,925	

Die Regierung bietet weiterhin CETES zum Verkauf auf dem spekulativen Finanzmarkt an. So brachte sie allein in der zweiten Märzwoche (1995) 4,4 Milliarden neue Peso in Form staatlicher Werte zum Verkauf, wobei sie Sätze von 92,5 % bot, um die Taschen der Finanzoligarchie zu füllen. Nicht nur das, Tausende von Unternehmen sind in Wirklichkeit bankrott, ruiniert durch die Zinssätze für die Darlehen, die sie dem Finanzkapital zurückzahlen müssen. Die sogenannte "nationale Bourgeoisie" geht vor der Finanzoligarchie und dem Imperialismus in die Knie. So zahlt die Bank für jeden Peso, den sie nimmt, einen Jahresdurchschnitt von 35 Centavo (100 Centavo = 1 Peso)*, aber für jeden Peso, den die Bank verleiht, hat sie eine Einnahme von bis zu 1,77 neuen Peso. Daher bedeutet der "fällige Wechsel" (cartera vencida) den Bankrott von Tausenden von Unternehmen und auch zunehmende Erbitterung der Auseinandersetzungen zwischen der kreolischen Bourgeoisie und der Finanzoligarchie.

Aber die wirtschaftliche Krise ist noch nicht bei ihrem Tiefpunkt angelangt, im Gegenteil, die höhere Verschuldung, die spekulative Investition hinterläßt die Zutaten, die hinreichend sind, damit die Krise des Kapitals noch brutaler und die Unterwerfung unter den Yankee-Imperialismus noch offenkundiger wird. Daher werden die "Krisenbekämpfungsempfehlungen" in der Fußnote, z.B. die Privatisierung der Häfen, Flughäfen und Einnahmen der PEMEX, die in die USA abgeführt werden, und natürlich die Empfehlung, die EZLN und alle anderen Arten nicht-konformer Bevölkerung mit militärischen Mitteln aus dem Weg zu räumen, durchgeführt, um das Finanzkapital nicht zu gefährden.

Insgesamt gesehen, durchläuft die nationale Wirtschaft eine schwere Krise, gekennzeichnet durch die Konzentration des Kapitals in den Händen der Finanzoligarchie und des Imperialismus (vor allem der USA), durch das Verdrängen der "nationalen" Bourgeoisie, das im Bankrott der "nationalen Unternehmen" sichtbar wird, und durch die Stärkung der großen Monopole, all das auf dialektische Weise verbunden mit den großen Problemen bei den industriellen Produktionsanlagen, einem wachsenden Defizit in der Zahlungsbilanz, Verminderung der öffentlichen Ausgaben, ausländischer spekulativer Investition und Zunahme bei Ausbeutung, Armut, Elend, Hunger und Tod in der Arbeiterklasse und unterdrückten Bevölkerung des Landes.

"Da die Akkumulation des Kapitals einer gleichen Akkumulation von Elend entspricht, determiniert die Akkumulation von Reichtum in dem einen der Pole in dem Gegenpol, dem Pol der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert, eine gleiche Akkumulation von Elend, von Brutalisierung und von moralischer Degradierung." (Marx, Kapital, Band 1)

Einige Beispiele:

- a) Aufgrund von Informationen des INEGI und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der UNAM (= Nationale Universität von Mexiko)* (lebten)* *"1977 in Mexiko 51,9 % der mexikanischen Bevölkerung (d.h. 31.528.913 Menschen) (in Armut)*. Gegenwärtig ist Mexiko eines der ärmsten Länder der Welt, in Lateinamerika nur übertroffen von Bolivien. 97 % seiner Bevölkerung leben in Armut... Man kann schlußfolgern, daß, während 1989 noch 16,2 % der mexikanischen Bevölkerung (d.h. 12.730.734 Menschen) in absoluter Armut lebten, bis 1992 eine Zunahme auf über 30 % der Mexikaner (d.h. 25.496.682 Menschen), die in absoluter Armut leben, stattgefunden hat."* (Centro de Analisis Multidisciplinaria (Hrsg.)*, La Magnitud de la pobreza en Mexico, April 1993, S. 1)
- b) Das Herausziehen von Mehrwert wird immer größer. 1980 betrug die Entlohnung von Lohnbeschäftigten, ausgedrückt in Prozent des BIP, 36,0 % des gesamten BIP, während sich 64 % in den Händen der Bourgeoisie anhäufte. 1991 bestand ein Rückgang bei der Entlohnung der Lohnbeschäftigten auf 22,1 % des BIP, wohingegen 77,9 % in die Hände der Bourgeoisie und der Regierung übergingen.
- c) Völlig im Gegensatz zu der verkündeten Modernisierung des Bildungswesens (Modernización Educativa) und der Abänderung von Artikel 3 der Verfassung gibt es in Mexiko 4,2 Millionen Analphabeten im Alter von über 16 Jahren, 20,2 Millionen Erwachsene, die die Grundschule nicht abgeschlossen haben, und ungefähr 32 Millionen, die eine Sekundarschule nicht beendet haben. Höchstens 54 % der Schüler (d.h. 24,6 Millionen) schließen die Grundschule ab. Ferner wurden die Bundesaussgaben (von ganz Mexiko)* für Wissenschaft und Technologie von 0,43 % des BIP 1980 auf 0,38 % 1993 verringert.
- d) Zwischen Dezember 1988 und Dezember 1993 erfuhr die Kaufkraft eine Verschlechterung um 55 %.

- e) Als ein Ergebnis des Bankrotts von Unternehmen, der Anwendung von Intensiv-Technologie usw. sind ungefähr 27,8 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung arbeitslos. Das Obige spiegelt die Tatsache wider, daß von 1988 bis 1994 eine Nachfrage nach 6 Millionen neuen Arbeitsplätzen bestand, während gerade mal 654.000 entlohnte Arbeitsplätze geschaffen wurden.
- f) Es besteht ein Mangel an 6 Millionen Wohnungen für die Lohnbeschäftigten des Landes.
- g) Das Kapital erlegte 13.192.000 Beschäftigten eine Erhöhung der Arbeitswoche von 35 Stunden auf 48 Stunden auf; das heißt "Produktivität" und "Effizienz" für das Proletariat. Die Zahl der Menschen, die länger als 35 Stunden pro Woche bei einem Lohn unterhalb des Mindestlohns arbeiten, ist auf 3.464.000 Beschäftigte angewachsen.

Das ist das Paradies, das der Neoliberalismus und das Freihandelsabkommen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung versprechen.

*) Erläuternde Hinweise und sinngemäße Ergänzungen seitens des Übersetzers.

Beitrag der Kommunistischen Partei Mexikos (marxistisch-leninistisch) in der internationalen Zeitschrift UNIDAD Y LUCHA (Nr. 2, 1995), übersetzt von KD

Bundesverfassungsgericht bestätigt Aushebelung des Asylrechts

"Eine Gesellschaft muß im Hinblick auf das Asyl generös sein."
(Carlo Schmidt, einer der "Väter" des Grundgesetzes)

Über die Praktiken im Umgang mit dem Asylrecht soll hier nicht die Rede sein. Sie sind skandalös und tragen dazu bei, daß die Rate der Selbstmorde in Abschiebehaft oder unter der Abschiebungsdrohung steigt. Der letzte mir bekannt gewordene Fall ist der eines äthiopischen Ingenieurs, der in Lüdenscheid Selbstmord beging. Auch das Verfahren des in der AntifaZ interviewten Zeleke Eshete ist abschlägig beschieden worden. Dem zuständigen Verwaltungsgericht lag die AntifaZ (Nr. 58) vor, und es befand, daß darin nichts stehe, was auf eine Gefährdung von Zeleke in seiner Heimat hinweise. Seine Anwältin ruft nun das Bundesverfassungsgericht an. Selbst die Fernsehserie "Lindenstraße" hat das Thema aufgegriffen und geschildert, wie ein Nigerianer abgeschoben und in seinem Heimatland umgebracht wurde und dessen Freundin trotzdem vor Nachstellungen durch die Häscher von der Ausländerbehörde nicht sicher sein kann und auch Personen, die ihr Zuflucht bieten, kriminalisiert werden.

Ein historischer Rückblick

Bis zum "Tag X", dem 26.05.1993, galt in der BRD offiziell der nach zähen Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat 1948/1949 in den Grundrechtekatalog des Grundgesetzes geschriebene Satz: *"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht."* (Artikel 16 Absatz 2 Satz 2). Darin soll - dem Mythos zufolge - die leidvolle Erfahrung mit der Asylsuche vieler Deutscher im Ausland während der Zeit des Nazi-Staates eingeflossen sein. Immerhin waren während der Naziära rund 700.000 Deutsche ins Exil gegangen, darunter auch eine Reihe derjenigen, die am Text des Grundgesetzes mitgearbeitet haben.

Bei näherem Hinschauen kommt mir dieser für die Behauptung eines antifaschistischen Charakters des Grundgesetzes gestrickte Mythos allerdings reichlich skurril vor, denn der erste Satz des Absatzes 2 verkündete ein Grundrecht der Deutschen: *"Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden."* Beim oberflächlichen Lesen könnte man auf den Gedanken kommen, der deutsche Staat habe mit dem Asylsatz z.B. ausländische Nazi-Schergen auf (west)deutschem Boden schützen wollen, die in den Ländern, in denen sie tätig gewesen waren, für ihr Tun schwer bestraft worden wären.

In der Tat schützte Satz 1 noch 1978 etwa den Deutschen Lischka, einen der Hauptverantwortlichen für Judendeportationen aus Frankreich ins Gas, lange Zeit vor Bestrafung, bis ihn eine von Serge und Beate Klarsfeld inspirierte Gruppe französischer Antifaschisten nach Frankreich zu entführen suchte. Eine Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit nach Absatz 1 des genannten Artikels wäre bei Herrn Lischka mangels anderer Staatszugehörigkeit nicht möglich gewesen. Aufgrund umfassender Recherchen und Veröffentlichungen in Frankreich wurde der öffentlich erzwungene Prozeß gegen Lischka, Hagen und Heinrichssohn in Köln 1979 *"der einzige exemplarische Prozeß gegen Naziverbrecher in der Bundesrepublik Deutschland"* (Serge Klarsfeld, Viehy-Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der "Endlösung der Judenfrage" in Frankreich, S. 11).

In der Rechtsprechung war allerdings bald klar, daß der Asylsatz sich nicht auf Deutsche bezog, denn diese genossen ja den Schutz der deutschen Staatsangehörigkeit. Auslegungstreit konnte es allenfalls darüber geben, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Denn das war nicht so sehr vom dauernden Wohnsitz oder Geburtsort abhängig, sondern eher von einer Blutszugehörigkeit. Solange es den Kalten Krieg zwischen Ost- und Westblock gab, hatte grundsätzlich jeder Mensch aus dem Ostblock, der geltend machen konnte, daß deutsches Blut in seinen Adern flösse, Anspruch auf die (west)deutsche Staatsbürgerschaft. In gewissem Sinne war dies eine Fortsetzung der im Nazireich vom Volksmund als "Tropfenfängerei" bezeichneten Nürnberger Rassengesetze. Und jeder Mensch aus dem Ostblock, der dies nicht geltend machen konnte, dafür aber glaubhaft machte, daß er Antikommunist sei und daher politischer Verfolgung ausgesetzt werde, fiel unter den Satz 2.

Daß Artikel 16 auch mal auf Verfolgte aus Staaten, die vom Westblock kontrolliert wurden, anwendbar sein könnte, kam 1948/1949 kaum einem der Grundgesetz"väter" in den Sinn. Der Satz hätte also keine Geltung für Menschen wie Julius und Ethel Rosenberg gehabt, die wegen ihrer politischen Haltung in den USA zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, wenn es ihnen gelungen wäre, nach Deutschland zu entkommen. Zwar floß auch in ihren Adern "deutsches Blut" (mit dem nunmehr nur noch leichten Schönheitsfehler, daß sie jüdisch waren, einem Schönheitsfehler, über den man vielleicht im Carlo-Schmidtschen Sinne generös hinweggesehen hätte), aber die Berufung auf eine deutsche Staatsangehörigkeit hätte sie nicht retten können, weil sie aus den USA und nicht aus der UdSSR gekommen wären.

Hier stationierte US-Soldaten, die nicht in den Vietnamkrieg ziehen wollten, bekamen in der BRD kein politisches Asyl, obwohl offenkundig war, daß die Supermacht Amerika das kleine Vietnam angegriffen und damit das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes, das sich ihrem Diktat nicht fügen wollte, mit Füßen getreten hatte, politische Bedenken also nur zu leicht aus rechtlicher Sicht hätten nachvollziehbar gewesen sein müssen. Beim Golfkrieg gegen den Irak hatten die USA ihre Truppen bereits aus Deutschland abgezogen; daher kam ein solcher Gedanke da gar nicht erst auf. Auch bei der - durch Gorbatschows Zustimmung zum Krieg der USA und ihrer Alliierten gespaltenen - Friedensbewegung kaum.

Größere Gruppen von Asylsuchenden aus Staaten der "freien Welt" hatte es erst mit dem Militärputsch und der Errichtung des Obristenregimes in Griechenland und mit dem Militärputsch und der Errichtung des Pinochetregimes in Chile gegeben. Im Fall Chiles hat die BRD die ihr von der UNO zugewiesenen Anzahl der "Kontingentflüchtlinge" nicht erfüllt. Daß sie 1973 überhaupt chilenische Flüchtlinge aufnahm, hing nicht zuletzt mit der Lockerung und dem schließlichen Fallenlassen der Hallsteindoktrin (die keine diplomatischen Beziehungen zu Ländern zuließ, die solche auch zur DDR unterhielten) und der neuerworbenen UNO-Mitgliedschaft zusammen. Beide Militärregimes waren errichtet worden, um die Länder einem sozialistischen Einfluß zu entziehen. Der US-Geheimdienst CIA hatte dabei jeweils eine entscheidende Rolle gespielt. Flüchtlinge waren vielfach Sozialisten.

Über Jahrzehnte hinweg konnten mit Hilfe des Artikels 16 des Grundgesetzes Millionen von Menschen "heim ins (Rest)reich" geholt werden, um durch ihre Dankbarkeit und entsprechende Bescheidenheit daran mitzuwirken, die Ansprüche der Arbeitenden hierzulande niedrig zu halten. Bei Personen, die im Ostblock eine staatlich finanzierte Fachausbildung erhalten hatten, im Westen aber mehr verdienen konnten, war man nur zu bereit, sie auch als politisch Verfolgte anzuerkennen, um die eigenen Mängel im Bildungssystem nicht beheben zu müssen. Für solche Leute hätte die Bezeichnung "Wirtschaftsflüchtlinge" häufig weitaus eher zugetroffen als etwa für flüchtige Zigeuner aus Rumänien oder dem ehemaligen Jugoslawien, ganz abgesehen von den Hungerflüchtlingen aus der dritten Welt.

Solange der Artikel 16 als Instrument des Kalten Krieges diente, um das "sozialistische (und später bis zu seinem Offenbarungseid zunehmend bürokratisch-kapitalistische) Lager" wirtschaftlich von innen her auszuhöhlen und um den Westen im Glanz der Wahrung von Menschenrechten in Erscheinung treten zu lassen, gegen die der Osten (tatsächlich oder angeblich) verstieß, war er für die herrschende Klasse hierzulande brauchbar.

Mit dem Fall des "Antifaschistischen Schutzwalles" und der Einbeziehung der DDR in die BRD änderte sich das jedoch grundlegend. Hatte man bis dahin immer die westliche Freizügigkeit gegenüber dem "großen Gefängnis" hinter dem "Eisernen Vorhang" propagiert, so galt es jetzt umzuschalten. Es gab zu viele, die "die Segnungen der Freien Welt" in Anspruch nehmen wollten. Sie mußten ausgesperrt werden.

Und so wurden selbst Folterungen verharmlost, wenn es sich um Staaten handelte, wo die Folter "gewöhnlich" ist, der Gefolterte also mit Hinweis auf sein Gefoltertwordensein keine Individualverfolgung glaubhaft machen konnte. Hier allerdings gab und gibt es Auslegungsspielräume, die auch das Bundesverfassungsgericht nicht geklärt hat. Von Gruppenverfolgung kurdischer Menschen will man hierzulande bis heute nichts wissen, obwohl die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß das Konstrukt von den "innerstaatlichen Fluchtmöglichkeiten" etwa bei dem NATO-Partner Türkei blanker Hohn auf die Opfer ist.

Bevölkerungspolitische Gesichtspunkte werden herangezogen, um das Menschenrecht auf Asyl abzuschmettern. Nicht nur hierzulande.

In den USA beispielsweise gibt es eine Mauer, gegenüber der die Berliner Mauer nur Miniatur ist: den bis zu 5 m hohen, großenteils aus Eisenbeton gegossenen Schutzwall entlang der mexikanisch-amerikanischen Grenze vor "Überfremdung" aus Mexiko, sprich: vor dem Eintritt von Hungerleidern in die USA. Eine solche leibhaftige Mauer sollte es in Europa nicht geben.

Unterwerfung des Grundgesetzes unter das Schengener Abkommen

Der seit 1993 neu eingefügte Artikel 16a des Grundgesetzes grenzt den möglichen Anspruch auf Asyl erheblich ein, indem er ihn an zahlreiche Voraussetzungen bindet. Der Asylsuchende darf nicht aus einem "sicheren Drittstaat" kommen, seine Verfolgung im Heimatstaat muß landesweit bestehen, es muß sich um eine staatliche Verfolgung handeln, diese muß politischen Charakter haben und ursächlich für die Flucht des Betroffenen sein; dafür muß dieser Nachweise erbringen, und schließlich muß eine Prognose der Verfolgung auch weiterhin bestehen.

Schon die Vorschrift, daß der Asylsuchende nicht aus einem als sicher eingestuften Drittstaat kommen darf, begrenzt die Flüchtlinge praktisch auf den Fluchtweg per Flugzeug, denn sämtliche Nachbarstaaten der BRD werden als sichere Drittstaaten betrachtet, auch wenn diese die Ankömmlinge ihrerseits abschieben. Die Abschiebung gilt ja nicht als Verfolgung, selbst wenn sie die abgeschobene Person einer Verfolgung aussetzt. Und welcher Verfolgerstaat ist schon so freundlich, daß er dem Verfolgten Nachweisdokumente für sein Verfolgtsein in die Hand drückt? Mit dem Wort "politische Verfolgung" werden zudem alle Umwelt- und Elendsflüchtlinge ausgegrenzt. Die reiche Welt schottet sich vor der Welt, die sie jahrzehntelang ausgeraubt hat und nach wie vor ausraubt oder deren Umwelt sie zerstört hat, ab.

Vorbereitend für den Aufbau der "Festung Europa" war das "Schengener Abkommen" oder - wie es auf amtsdeutsch heißt - *"Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen"*, das in der Bundesrepublik Deutschland mit Gesetz vom 19. Juni 1990 durch Verkündung am 15. Juni 1993 rechtskräftig geworden ist. Die schöne Formel vom "schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen" ist trügerisch: Der Text unterscheidet zwischen "Binnengrenzen" und "Außengrenzen" und schreibt den schrittweisen Ausbau der Kontrollen an den "Außengrenzen" vor, und das sind nicht nur alle Landes- und Seegrenzen zu Gebieten außerhalb des Abkommensgebietes hin, sondern insbesondere auch Grenzen auf jedem binnenländischen Flughafen, auf dem Flugzeuge von außerhalb des Schengen-Gebietes (das sich inzwischen um einige Staaten - wie z.B. das Königreich Spanien - erweitert hat) landen können. Das Schengen-Gebiet ist sozusagen der innere Festungsring der projektierten Festung Europa.

Als mithin der deutsche Bundestag am Tag X mit Zweidrittelmehrheit den "Asylkompromiß" verabschiedete, hat er damit den Weg zur Ratifizierung des Schengener Abkommens durch Deutschland geebnet; diese fand denn

auch nicht einmal einen Monat später statt. Das hatten die politischen Gegner gegen die Aushebelung des Asylrechts seinerzeit nicht oder kaum im Visier.

Angeichts der so veränderten Sachlage hatte das Bundesverfassungsgericht nicht mehr die Aufgabe, wirklich zu prüfen, ob hier ein Grundrecht außer Kraft gesetzt worden war, sondern nur noch, ob diese Außerkraftsetzung elegant genug abgewickelt wird, so daß die Brutalität nicht zu vielen Menschenfreunden auffällt; es hat im wesentlichen alles bestätigt, was 1993 beschlossen wurde, und lediglich Flüchtlingen (im Text heißen sie "Asylbegehrende"), die mit dem Flugzeug ins Land kommen und sofort in Quarantäne gesteckt werden, als hätten sie die Pest, um sie baldestmöglich abzuschieben, eine von drei auf sieben Tage erhöhte Frist, dagegen Rechtsmittel geltend zu machen, eingeräumt, ohne daß mit der Rechtsmitteleinlegung auch eine aufschiebende Wirkung verbunden wäre, wie es eigentlich bei Asylsachen selbstverständlich hätte sein müssen.

Das deutsche Wort "Asylbegehrende" (definiert als *"Drittausländer, die ein Asylbegehren gestellt haben, über das noch nicht entschieden wurde"*) wurde bewußt gewählt, um deutlich zu machen, daß das Asylrecht nicht als zum Völkerrecht gehörig betrachtet wird, was bedeuten würde, daß es ein Menschenrecht wäre, das der Staatsgewalt vorgegeben wäre, sondern als zum Staatsrecht gehörig und somit als Angelegenheit von Staaten betrachtet wird, eine Art Hoheitsrecht, wie es etwa das Begnadigungsrecht gegenüber einem straffällig Gewordenen darstellt. Hier greift der ansonsten mit dem Wort "Demokratie" hausieren gehende bürokratische Staat also auf rechtsphilosophische Konstrukte des Absolutismus zurück, dem zufolge der Souverän nicht der Mensch oder das Volk, sondern der Staat ist. Und daß das nicht bloß Fiktion ist, sondern bittere Realität, zeigt die Praxis des (in Deutschland bis zu 18 Monaten rechtlich zulässigen) Einsperrens von Menschen, denen nichts weiter vorzuhalten ist, als daß sie sich unerlaubt auf dem Hoheitsgebiet dieses Staates aufhalten. Es ist faktisch eine Strafe und gilt dennoch nur als Sicherungsmaßnahme: als Maßnahme, um das Bedürfnis des Staates zu befriedigen, jederzeit Zugriff auf die Person eines (potentiellen) "Abschüblings" zu haben.

So gesehen, ist diese Maßnahme sogar vergleichbar mit dem mittelalterlichen Schuldturn, in den ein als Gläubiger auftretender Geldverleiher einen verarmten Geldleiher stecken und in dem er ihn verkommen lassen konnte.

Diese Neuregelung des Asylrechts läuft also darauf hinaus, Menschen, die vor den Nachstellungen der einen Staatsgewalt Zuflucht bzw. Asyl suchen, der Gnade oder Ungnade einer anderen Staatsgewalt zu unterwerfen. Und die Tatsache, daß z.B. das Bundesamt für die Anerkennung von Asylsuchenden seinen Nachwuchs nicht zuletzt aus dem Bundesgrenzschutz bezieht, gewährleistet überdies, daß die Willkür dieser Exekutivbehörde weitgehend auch in die Asylverfahren übernommen wird.

Die neue Frontlage im Kampf um das Asylrecht

Das Bundesverfassungsgericht behauptet in einer Presseerklärung zu seinem Urteilsspruch vom 14. Mai 1996 nicht allein, der "Asylkompromiß" sei Verfassungskonform, sondern auch, das Individualgrundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte sei nicht angetastet worden; lediglich bei *"als eindeutig aussichtslos beurteilten Asylanträgen"* werde zwecks Beschleunigung der Verfahren *"das Recht eingeschränkt, bis zum Abschluß des Asylverfahrens vorläufig in Deutschland zu bleiben."* Das ganze Tamtam, mit dem vor Verabschiedung durch den Bundestag eine "Asylantenschwemme" herbeigeredet und eine Stimmung erzeugt worden war, die zahllose Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte begünstigt hat, soll also den Betroffenen nicht einmal wehgetan haben.

Zu dem Zeitpunkt, als das Bundesverfassungsgericht (mit zwei Minderheitsvoten, deren Abweichungen dem juristischen Laien kaum noch vermittelbar sind) den Bundestagsbeschluß vom 26.05.1993 für verfassungskonform erklärt hat, hat sich die Auseinandersetzung in der Praxis bereits weiter verschoben.

So hat - mit Berufung auf die (überwiegend selbstinszenierten) "Kurdenkrawalle" um das Newrozfest herum - das Bundeskabinett am 27.03.1996 einen Maßnahmenkatalog beschlossen, der im Hinblick auf das Asylrecht u.a. folgendes vorsieht:

"1. in gesetzgeberischer Hinsicht"

1. Änderung des 47 Abs. 1 AuslG (Ausländergesetz) (Ist-Ausweisung)

- Wesentliche Absenkung der Strafmaße der Nummern 1 und 2 auf einheitlich 3 Jahre,

- Einfügung des besonders schweren Falls des Landfriedensbruchs in den Katalog der Ausweisungsgründe bei rechtskräftiger Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe.
- 2. Besonders schwerer Landfriedensbruch soll künftig auch dann vorliegen, wenn einfacher Landfriedensbruch aus Anlaß einer verbotenen Demonstration begangen wird. (...)
- 4. Verstärkung des politischen Betätigungsverbots durch Streichung des Wortes 'wiederholt' im Straftatbestand des § 92 Abs. 1 Nr. 4 AuslG, um gemäß § 37 AuslG auch einen erstmaligen Verstoß gegen ein politisches Betätigungsverbot wirksam ahnden zu können.
- 5. (...) Einführung eines vorläufigen Festnahmerechts und eines neuen Haftgrundes zur Sicherung der Hauptverhandlung in beschleunigten Verfahren (Hauptverhandlungshaft). (Bundestags-Drucksache 13 2576)

II. Darüber hinaus fordert das Bundeskabinett die Länder zu konsequentem Gesetzesvollzug auf. Hierzu gehören:

- 1. Konsequente Durchsetzung der vereinsrechtlichen Verbotsmaßnahmen. (Gemeint war damit z.B., daß die Länder die kurdischen Vereine, deren Verbot durch den Bundesinnenminister das Bundesverwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt hatte, verbieten sollten, wie es Baden-Württemberg auch prompt tat.)
- 2. Konsequente Anwendung des politischen Betätigungsverbots (§ 37 AuslG).
- 3. Ausschöpfung aller ordnungsrechtlichen (...) und gewerberechtlichen (...) Maßnahmen gegen Busunternehmen bei Beförderung gewalttätiger Demonstranten (Untersagung des Transports, Beschlagnahme des Busses, Entziehung der Beförderungskonzession).
- 4. Verstärkte Verhängung des Unterbindungsgewahrsams (das Wort "Vorbeugehaft" klingt ja auch zu läßlich) gegen Personen, von denen konkret zu befürchten ist, daß sie sich an Straftaten beteiligen werden (...).
- 5. Verbesserte Kontrolle der Einhaltung räumlicher Beschränkungen für Asylbewerber (...).
- 6. Konsequente Nutzung des bereits bestehenden ausländerrechtlichen Instrumentariums. Ausländer, die an verbotenen gewalttätigen Demonstrationen teilnehmen bzw. teilgenommen haben, erfüllen (...) zumindest die Ausweisungstatbestände der §§ 45, 46 AuslG. Ein eingeleitetes strafrechtliches Ermittlungsverfahren verhindert eine Ausweisung nach den §§ 45, 46 AuslG nicht. (...) (Anders ausgedrückt: Wer bei einer "verbotenen gewalttätigen Demonstration" festgenommen wird, kann abgeschoben werden, auch wenn er noch nicht verurteilt ist. Als "gewalttätig" aber gilt eine Demonstration schon dann, wenn es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt, weil diese etwa das Mitführen von Emblemen des kurdischen Freiheitskampfes unterbinden will und ihr dabei Widerstand geleistet wird.)
- 7. Beseitigung von abschiebungsverzögernden Verfahren in einigen Ländern (...), wie z.B. Einzelfallprüfungen (...) bei Abschiebung von Straftätern bzw. Errichtung von Härtefallkommissionen. (Überprüfungen der Handlungen der Exekutive etwa durch parlamentarische Gremien sind offenbar unerwünscht.)
- 8. Konsequente Durchführung der deutsch-türkischen Absprache vom 10. März 1995, die völlig unzureichend genutzt wird. (...)"

Während der deutsche Staat sich anschickt, als militärische Ordnungsmacht in Konflikten überall auf der Welt einzugreifen, soll dieser Katalog letzten Endes "Drittausländer" (= Personen, die von außerhalb des Schengen-Gebietes stammen), also auch aus solchen Konfliktgebieten stammende Menschen, deren politische Haltung den "Belangen der BRD" widerspricht, zu Menschen herabwürdigen, denen jegliche politische Betätigung, mithin auch die Anprangerung eines deutschen Eingreifens in ihrer Heimat, untersagt werden kann, da es sich dabei ja nach dem heutigen Selbstverständnis der Bundeswehr, dort Frieden zu schaffen, um die Berührung von "Belangen der BRD" handelt. Der Verstoß gegen ein solches Betätigungsverbot macht sie dann zu potentiellen "Abschüblingen".

DER STAATSTERROR IN DEN GEFÄNGNISSEN DER TÜRKEI ESKALIERT

Seit dem 20.5.1996 befinden sich über 1500 politische Gefangene aus revolutionären Organisationen in den Gefängnissen der Türkei im Hungerstreik.

Ihr Protest richtet sich vor allem gegen die am 6. Mai durch den Justizminister Mehmet Agar (siehe auch Dokumentation über Agar in dieser Ausgabe) erlassenen Bestimmungen, die die Vernichtung der politischen Gefangenen der Türkei beabsichtigen. Seit dem 31. 5. befinden sich auch in Köln türkische und kurdische Genossen im Solidaritätshungerstreik. Von ihnen erhielten wir den folgenden Aufruf: **Aufruf an die Presse und Öffentlichkeit:**

Der demokratischen Weltöffentlichkeit ist die Türkei als offenes Gefängnis bekannt. Zur Zeit sind die politischen Gefangenen Ziel des Staatsterrors. Parallel zu den Massakern, den Exekutionen und der Folter konzentriert sich der faschistische Staatsterror heute auf Tausende politischer Gefangener in den Gefängnissen der Türkei und Türkei-Kurdistan.

Allein in den vergangenen zwölf Monaten sind bei Angriffen der türkischen Polizei auf politische Gefangene sieben Menschen ermordet und dutzende schwer verletzt worden.

Diesen Massakern waren systematische Hetzkampagnen der staatsstreuen Presse vorausgegangen.

Die nach den Wahlen am 24. Dezember 1995 gebildete Koalitionsregierung zeigte ihre wahre Absicht, als **Mehmet AGAR**, ehemaliger Polizeichef und Mörder von dutzenden Menschen, zum Justizminister ernannt wurde.

Dieser bekam, nach den Wünschen der Herrschenden, die spezielle Aufgabe, die zu Festungen der revolutionären Gefangenen gewordenen Gefängnisse wieder in Staats-hand zu bekommen.

Cemal SAHIN, der zum Generaldirektor aller Gefängnisse ernannt wurde, machte sogar den Vorschlag, "das Problem mit drei Kilo Zyankali zu lösen". Schließlich wurde am 6. Mai 1996 eine Verordnung bekanntgegeben, die allen internationalen Bestimmungen widerspricht. Diese sieht unter anderem vor:

** Polizei und Jandarmerie sind jeder Zeit befugt, in das Gefängnis einzudringen und Gefangene zu foltern*

** Das Netz der Kolaborateure und Agenten in den Gefängnissen soll ausgeweitet werden*

** Das Benutzen von Fernseher, Radio und jeglicher Zeitschriften ist verboten*

** Das Besuchsrecht für Anwälte und Familienangehörige wird abgeschafft*

** Die Isolationshaft für politische Gefangene wird schrittweise eingeführt*

** Politische Gefangene, die ärztliche Versorgung benötigen, werden nicht behandelt.*

Die neue Verordnung setzt in allen Punkten internationale Bestimmungen außer Kraft.

Aus Protest gegen die Absichten des türkischen Staates befinden sich seit dem 20. Mai 1996 über 1500 politische Gefangene in den Gefängnissen der Türkei und Türkei-Kurdistan im zeitlich unbegrenzten Hungerstreik. Innerhalb kürzester Zeit breitete sich die Protestwelle über Europa aus. Seit dem 31. Mai werden in vielen europäischen Städten (Köln, Stuttgart, Rotterdam, Wien, Paris usw.) Solidaritätshungerstreiks durchgeführt. Die Hungerstreiks werden bis zur Zurücknahme der Verordnung vom 6. Mai '96 weiter geführt. Sind wir nicht gewillt, jetzt zu handeln, sind Tausende Gefangener dem Tode überlassen. Daher ist es die Aufgabe aller Menschen, sich diesem Staatsterror entgegenzustellen.

**Denn Schweigen heißt Zustimmung
Solidaritätskomitee mit den Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der Türkei**

HUNGERSTREIK IN TÜRKISCHEN GEFÄNGNISSEN SPITZT SICH ZU

In der letzten Maiwoche befanden sich fast 10.000 politische Gefangene in 33 Gefängnissen in der Türkei und in Kurdistan im Hungerstreik.

Die Sprecher der PKK-Gefangenen im E-Typ-Gefängnis **Diyarbakir**, Yusuf Aslan und Ali Koa, erklärten, daß sich der Gesundheitszustand von 43 der 82 seit dem 25. April im Hungerstreik befindlichen Gefangenen sehr verschlechtert hat. Sie leiden vor allem unter Magenblutungen. Die Hungerstreikenden verweigern Behandlung durch die Gefängnisärzte, boykottieren die Gerichtsverhandlungen und Besuche. Sie werden ihre Aktion um jeden Preis fortsetzen und sogar noch ausweiten und rufen die demokratische Öffentlichkeit und Organisationen zur Sensibilität auf.

Von den weiblichen politischen Gefangenen in **Urfa**, die sich seit dem 12. April in einem unbefristeten Hunger-

streik im Rotationssystem befinden, begannen vier am 8. Mai einen unbefristeten Hungerstreik ohne Rotation. Im Spezialgefängnis **Erzurum** haben sich am 20. Mai 450 politische Gefangene dem Hungerstreik mit einem unbefristeten Hungerstreik im Rotationssystem angeschlossen.

In **Sivas** haben sich am 20. Mai 93 PKK-Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen. Am 27. Mai haben sich im Gefängnis **Elazic-Sivrice** die PKK-, TKP-ML- und TIK-KO-Gefangenen dem Hungerstreik angeschlossen.

Von den Hungerstreikenden im HADEP-Büro in Diyarbakir mußten sieben Leute am 23. Mai mit Serum behandelt werden. Das HADEP-Büro ist seit dem 10. Mai immer

noch von der Polizei umzingelt, die keine BesucherInnen reinläßt und das Wasser, den Strom und das Telefon gesperrt hat.

Seit dem 18. Mai haben Angehörige auch im Büro der Partei DBP einen Hungerstreik begonnen. Außerdem haben am 23. und 25. Mai Solidaritätshungerstreiks von Angehörigen in den Städten **Mersin** (15 Leute), **Adana** (34 Leute) begonnen. Die hungerstreikenden Angehörigen bekommen viele Solidaritätsbesuche und Solidaritätserklärungen von der HADEP, von Gewerkschaften und demokratischen Vereinen.

(aus: Özgür Politika, 25.5. und 27.5.1996)

Zwei Gefangene zündeten sich an

Am 28. Mai wurden die sich inzwischen in einem kritischen Zustand befindenden hungerstreikenden Gefangenen von Gefängniswärtern und türkischen Soldaten im Gefängnis Bi-ji in Diyarbakir angegriffen.

Bei diesem Überfall wurden - unter dem Absingen chauvinistischer Gesänge - Ketten, Eisenstangen, Holzlatten und andere Schlagwerkzeuge gegen die sehr geschwächten Hungerstreikenden eingesetzt.

Mit diesen barbarischen Angriffen sollen die Gefangenen gewaltsam zur Aufgabe ihrer Aktionen gezwungen werden. Von 19 Gefangenen, die unter dem Vorwand des Transports in ein Krankenhaus aus dem Gefängnis verlegt wurden, fehlt bisher jede Spur.

Unter diesen Verletzten befinden sich auch Mehmet Durmus und Fesih Erklaplan, die sich aus Protest gegen den Angriff selbst anzündeten.

(aus: CL-Netz, Kurdistan-Solidarität Hannover)

MEHMET AGAR

Vor allem durch seine Rolle als Polizeidirektor in Istanbul ist Mehmet Agar innerhalb der türkischen und kurdischen Opposition als einer derjenigen bekannt, der durch Folter und Terror gegen die politischen Gefangenen sich den Ruf eines Schlächters erworben hat. Inzwischen ist er als Justizminister der Türkei dafür verantwortlich, daß mit systematischem Terror gegen die Gefangenen vorgegangen wird.

Es ist ein Skandal erster Ordnung, daß im Zusammenspiel mit den türkischen Behörden der deutsche Staatsschutz alles unternimmt, dies zu leugnen und zu vertuschen.

Wir erinnern an dieser Stelle ausdrücklich daran, daß seine "Aussagen" über die bekannte türkische Band "Grup Yorum" der Polizeipräsidentin von Recklinghausen dazu dienten, im vergangenen Jahr ein u.a. mit "Grup Yorum" geplantes Konzert in der Europahalle Castrop-Rauxel zu verbieten.

Auch für die brutalen Polizeieinsätze gegen eine Demonstration der EMEK-Partisi (gegen das geplante Verbot dieser Partei) sowie gegen den Parteitag der HADEP in Ankara zeichnet Agar hauptverantwortlich.

Obwohl die Türkei inzwischen auch formal die Kriterien einer "Demokratie" nicht mehr erfüllt, knüpelt die deutsche Polizei in Absprache mit dem türkischen Geheimdienst auf DemonstrantInnen ein, die in den vergangenen Tagen eine Solidaritätsdemonstration mit EMEK-Partisi und HADEP in Köln durchführten. Wir stellen den Folterer Mehmet Agar im folgenden Dokument einmal in allen Einzelheiten vor.

Mehmet Agar, Sohn eines bekannten Polizeidirektors, wurde am 31. September 1951 in Ankara geboren. Er ist von kurdischer Abstammung und Alewit. Seinen beruflichen Werdegang begann er 1973 als stellvertretender Kommissar im Sicherheits- und Premierministerium. Als Landkreisdirektor war er in verschiedenen Provinzen tätig. In den 70er Jahren erhielt Mehmet Agar in den USA eine spezielle Ausbildung für Sonderaufgaben der Polizei. 1979 nahm er seinen alten Beruf als stellvertretender Polizeidirektor wieder auf. In dieser Zeit wurde er durch neue, von ihm eingeführte Foltermethoden bekannt. Nach fünf Jahren ernannte man ihn zum zweiten Mann des zweiten Polizeipräsidioms in Istanbul.

1988 wurde Mehmet Agar Polizeidirektor von Ankara. 1990 erhielt er die gleiche Position in Istanbul.

1992 wurde er Gouverneur von Erzurum.

DYP-SHP-Regierung in Ankara ernannte ihn gleichzeitig zum Polizeipräsidenten für die ganze Türkei.

Die Partei - Vorsitzende der DYP, Tansu Ciller, schlug ihn 1995 als Kandidaten der Partei für die Wahlen am 24. Dezember 1995 vor. Er wurde Kandidat von Erzurum und gewann bei den Wahlen ein Parlamentsmandat.

Nach den Wahlen wurde er von der DYP-ANAP-Koalitionsregierung zum Justizminister ernannt.

Das Wirken von Mehmet Agar zieht seit seinen Tagen als Angehöriger der Polizei eine blutige Spur in der Geschichte der Türkei.

Die ersten Massaker

Am 2. Juli 1980 wurden in Topkapi drei Revolutionäre exekutiert.

Faruk Tuna, der beschuldigt wurde, ein Transparent mit verbotenem Inhalt aufgehängt zu haben, starb in der Haft durch

die Folgen der Folter an einem Gehirntrauma.

Am 20. September 1980 wurde Ahmet Karlangic festgenommen. Er starb unter Folter.

Der am 20. November 1980 festgenommene Hayrettin Eren wurde "verschwindengelassen". Bei Operationen der Polizei unter der Verantwortung von Mehmet Agar wurden Menschen ohne Urteil hingerichtet.

Am 18. März 1981 wurde Abdullah Gözalan in Bakirdöz ermordet.

Am 3. April 1981 wurde Mehmet Selim in Karaköy exekutiert.

Am 7. April 1981 wurde Selcuk Küçükceftci in Istanbul exekutiert.

Am 1. Juli 1981 wurde Tahsin Elvan in Maslak ermordet.

Im September 1987 wurde Alä Demiralp in Cengelköy exekutiert.

Am 30. April 1988 wurden Salih Kul und Öztürk Acar in Topkapi exekutiert.

Mehmet Agars Zeit als Polizeidirektor von Ankara

Im September 1980 verlor die festgenommene Newroz Türkdogan unter Folter ihr ungeborenes 2,5 Monate altes Kind.

Am 5. Oktober wurde der "Solidaritätsverein der Angehörigen politischer Gefangener und Inhaftierter" in Ankara geschlossen.

Auf Agars Anweisung hin wurden Unterdrückung und Zensur der sozialistischen Presse verstärkt.

Viele Zeitungen und Zeitschriften wurden eingezogen oder verboten, die HerausgeberInnen, RedaktionsleiterInnen und MitarbeiterInnen wurden festgenommen. Intellektuelle und SchriftstellerInnen wurden zu Gefängnisstrafen von zusammen über hundert Jahren verurteilt.

Mehmet Agars Zeit als Polizeidirektor von Istanbul

In der Nacht vom 31. Januar 1990 kesselten Tausende von Soldaten und Polizisten das Slumgebiet Küçük Armutlu in Istanbul ein, die Häuser wurden zerstört, viele BewohnerInnen verletzt, Hunderte wurden festgenommen.

Am 16. Februar 1991 wurde Ali Riza Agdogan aus dem 4. Stockwerk des Polizeireviere in Beyoglu geworfen und ermordet.

Am 12. März 1991 wurde Esma Polat in der Haft vergewaltigt.

Am 14. März 1991 verschwand Yusuf Eristi im Polizeigewahrsam.

Am 19. Mai 1991 wurden bei einer Polizeioperation in Hasanpasa Hatice Dilek und Ismail Oral ermordet.

Am 28. Juni 1991 wurde Parihan Demirer ohne Urteil hingerichtet.

Am 12. Juli 1991 wurden bei einer Polizeioperation in Istanbul 10 Revolutionäre ermordet.

Am 1. September 1991 wurde Hüseyin Toroman vor seiner Haustür in Kocamustafapasa festgenommen und ist unter Polizeigewahrsam in einem der Folterzentren verschwunden.

Die Bilanz Agars als Polizeipräsident der Türkei

Die Anzahl der Ermordeten bei Operationen in Häusern und auf der Straße 124

Die Anzahl der zu Tode Gefolterten

22

Über Journalisten verhängte Gefängnisstrafen

122 Jahre

Über Journalisten verhängte Geldstrafen

21 Mio.

TL

Anzahl der ermordeten Journalisten

8

Anzahl der festgenommenen Journalisten

55

Am 4. September 1993 wurden Mehmet Sincar und Metin Özdemir ermordet. Bei den Reaktionen der Massen auf diese Ermordung wurden allein in Istanbul 1500 Menschen festgenommen. Im ganzen Land belief sich die Zahl der Festgenommenen auf mehrere Tausend.

Am 8. September 1993 wurde Serhan Dehmen in Polizeihaft "verschwindengelassen".

Am 21. Oktober 1993 ermordete die Polizei in einem vier Tage andauernden Massaker in Lice 60 Menschen und verletzte 300.

Am 19. November 1993 wurde Serap Kalukirik von der Polizei exekutiert.

Am 23. November 1993 wurden drei Arbeiter von Zivilen Einheiten der Kontra-Guerilla entführt. Ihre Leichen wurden drei Tage später in einem Gebüsch gefunden. Alle drei Leichen wiesen Folterspuren auf.

Am 26. November 1993 wurden Erol Yalcin und Selma Dogan exekutiert.

Am 17. Dezember 1993 wurden zwei Grundschulkinder, die die Straße überqueren wollten, von einem rasenden Polizeiwagen überfahren und ermordet.

Am 5. Januar 1994 wurde Ali Efeoglu in Polizeigewahrsam "verschwindengelassen".

Am 27. Januar 1994 explodierte eine Bombe vor dem Büro der Zeitung Özgüt Gündem in Ankara. Den Auftrag für diesen Anschlag hatte Mehmet Agar erteilt.

Am 21. Februar 1993 wurden der Rechtsanwalt Metin Can und Dr. Hasan Kaya von Zivilen Einheiten der Kontra-Guerilla entführt. Ihre Leichen entdeckte man am 27. Februar.

Am 9. Februar 1994 wurde Bahattin Anik exekutiert.

Am 12. März 1994 wurden in Ordu 5 Guerillas getötet.

Im März 1994 wurden drei weitere Guerillas ermordet.

Am 9. April 1994 wurden in Diyarbakir 3 Leichen entdeckt, deren Hände auf dem Rücken zusammengebunden waren. Sie waren halb in der Erde begraben und wiesen Kopfschüsse auf.

Am 12. Mai 1994 wurde Mad-sul Polat in Adana niedergeschossen.

Am 4. Mai 1994 wurden in Dersim 2 Guerillas erschossen.

Am 5. Juli 1994 wurde die Leiche von Ikran Mihyaz in Izmir-Bornova aufgefunden. Er hatte am Körper vier Nahschüsse.

Am 16. Juli 1994 wurden in Sivas vier Guerillas erschossen.

Am 4. August 1994 wurden drei RevolutionärInnen in Bacilar getötet.

Am 16. September 1994 wurde der Reporter der Zeitung Mücadele, Rifat Özgüngör, in Sivas getötet.

Am 3./4. September 1994 wurden bei einem Gefecht zwischen

Soldaten und Guerillas fünf Guerillas getötet.

Am 29. September 1994 wurden in Besiktas Elmas Yalcin, Furat Erdogan und Ismet Erdogan getötet.

Am 2. Oktober 1994 "verschwand" Lütfiye Kacar in Polizeigewahrsam.

Am 8. Oktober 1994 wurden Güler Ceylan und Ibis Demir in Sultanciftigi getötet.

Der am 12. September 1994 festgenommene Kenan Bilgili ist bis heute nicht wieder aufgetaucht.

Am 27. September 1994 wurden in Sivas Ahmet Bascarus und Nurettin Topal ermordet.

Am 26. Oktober 1994 wurde der frühere Mitarbeiter der Zeitung Mücadele, Ahmet Öztürk, in Adana in seiner Wohnung exekutiert.

Im Oktober 1994 wurde der 60 Jahre alte Dorfvorsteher des Dorfes Bilekli, Müslim Kovun, nach 20 Tagen Haft tot aufgefunden. Bei seiner Festnahme wurden sein

Haus, seine Sachen und seine etwa 200 Bienenester in Brand gesteckt.

In den Landstrichen Saray und Özalp und in den Dörfern der Umgebung von Van wurden Demokraten und Patrioten von Sondereinheiten der Polizei wie von den Nazis in Deutschland mißhandelt, um die Bevölkerung einzuschüchtern.

An den Hauswänden der als Demokraten bekannten EinwohnerInnen wurden in roter Farbe Geheimzeichen angebracht, um die BewohnerInnen zu brandmarken.

Im September 1994 wurden in Dersim 5 Guerillas getötet.

Am 27. November 1994 wurde der 60jährige Haci Bahri Akdemir exekutiert.

In Dersim wurden am 6. De-

sechs Menschen von der Polizei getötet.

Am 21. März 1995 wurde der festgenommene Hasan Ocak in der Untersuchungshaft getötet.

Am 7. April erschossen Zivilpolizisten Muzaffer Kaza beim Verteilen von Flugblättern.

Am 9. Juni 1995 wurde Sibel Yalcin in Okmeydani getötet.

Am 17. September 1995 wurden Saban Erol, Osman Akcecek und Sefik Kaplan unter Folter ermordet.

Am 31. März 1995 wurden zwei Revolutionäre exekutiert. Düzgün Tekin "verschwand" in Polizeihaft.

Am 8. August 1995 wurde Haydar Efe in Ankara festgenommen. Als Folge der schweren Folter fiel er ins Koma, aus dem er auch im Krankenhaus nicht mehr erwachte. Er starb im Krankenhaus. Die Polizei gab an, er hätte Selbstmord verübt.

Am 29. August 1995 starb in Bitlis Seyfettin Tepe in Polizeigewahrsam durch Folter.

Am 23. Juli 1995 starb Fatih Beyazcecek im Gefängnis von Yozgat während eines Hungerstreiks.

Tarik Ziya Yildirim, der bei einem Feuergefecht mit der Polizei verletzt wurde, starb nach seiner Festnahme am 26. Juli 1995 an den Folgen der Folter.

Am 27. Juli 1995 wurde Ali Riza Kurt exekutiert.

Die 52jährige Zehra Baysal, Mutter von sechs Kindern, wurde am 6. Dezember 1995 in ihrer Wohnung in Kasimpasa



Demokratie in der Türkei?

Ein Anhänger der Partei der Arbeit mit von der Polizei blutig geschlagenem Kopf

Schluß mit der deutschen Waffen- und Wirtschaftshilfe an die Türkei!

zember 1994 9 DHKC-Guerillas massakriert.

Der festgenommene Ismail Bahceci wurde am 24. Dezember 1994 "verschwindengelassen".

Am 12. März 1995 verübte die Polizei in Istanbul ein Massaker, das fünf Tage andauerte. Dabei ermordete die Polizei im Stadtviertel Gazi 12 Menschen, im Stadtteil Ümraniye wurden

festgenommen. Sie starb an den Folgen der Folter. An ihrem Körper waren schwere Folterspuren zu sehen, und die rechte Hälfte ihres Kopfes wies Spuren schwerer Schläge auf.

Der wegen Diebstahl festgenommene Alä Ormana starb im Gefängnis des Polizeipräsidiums von Bursa. In dem Polizeiprotokoll wurde als Todesursache Herzinfarkt angegeben.

Aussagen Mehmet Agars

"Unsere Polizeiorganisation ist im Gegensatz zu den Polizeiorganisationen anderer Länder in einer beneidenswerten Position."

"Die Angelegenheiten unseres Landes gehen die Außenwelt nichts an."

"Die Beschützerin und Verteidigerin der Menschenrechte ist die Polizei. Diese Aufgabe können wir keinem anderen überlassen."

"Wir setzen für deren Verhaftung unser Leben ein, doch die Gerichte lassen sie wieder frei."

"Schießt, meine Löwen, schießt nicht unter die Gürtellinie, sondern auf die Köpfe."

"Nieder mit den Menschenrechten."

Nach Labor-Untersuchungen, die bewiesen haben, daß Newroz Türkdogan ihr zweieinhalb monatiges Kind durch Folter verloren hat, sagte Mehmet Agar:

"Die Frau könnte ihr Kind durch Kälte oder Unterernährung verloren haben, unsere diensthabenden Polizisten sind in dieser Hinsicht sehr vorsichtig und haben Erfahrung."

Über die Operation am 12. Juli 1991, bei der 10 Devrimci Sol KämpferInnen fielen, ließ er verlauten:

"Nicht lebend festnehmen, diese Gelegenheit haben wir nie wieder."

"Von jetzt an gibt es kein wenn und aber. Wo wir sie packen, werden wir auf die Köpfe schießen."

Zu einigen Zeitungs-RedakteurInnen meinte er:

"Schreibt nicht viel über den Terror in Istanbul. Übertreibt nicht so viel mit den Terror-Organisationen. Berichtet ausgiebig über die Erfolge der Polizei. Eure Wünsche in anderen Belangen werde ich berücksichtigen."

Stellungnahmen zu Mehmet Agar

Rechtsanwalt A. Düzgün Yüksel

(Rechtsbüro des Volkes)

Die Taten Mehmet Agars während seiner Zeit als Polizeipräsident und die, die seiner Ernennung zum Justizminister folgen, sind deutlich zu sehen. Für Hunderte von Menschen Hinrichtungen ohne Urteil, hunderte Fälle von Verschwindenlassen unter der Festnahme, kontinuierliche Angriffe gegen die politischen Gefangenen, Massaker in den Gefängnissen, all das geht auf das Konto von Mehmet Agar.

Durch die Ernennung zum Justizminister wird Agar noch aktiver an der Unterdrückung teilnehmen, genau aus diesem Grund hat man ihn zum Justizminister gemacht. Wir können schon jetzt erkennen, daß durch Mehmet Agar nach seiner Ernennung zum Justizminister die Sichtweise der Polizei, die sie seit langem in den Köpfen der Menschen zu verankern sucht, unterstützt wird. Nach dieser Sichtweise sind die Gefängnisse "Stützpunkte der Organisationen. Um den Terror zu beenden, müssen sie zur Raison gebracht werden", und damit wird eine Grundlage für neue Angriffe auf die Gefängnisse gelegt. Um das

durchzuführen, wurde Mehmet Agar zum Justizminister ernannt. Das sind die Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die die Regierung ihm zugeteilt hat. Wenn wir uns das Verhalten der neuen Regierung anschauen, dann stellen wir fest, daß das Volk in Zukunft noch mehr Staatsterror erleben wird.

Anwalt Ergin Cimen

Die Türkei ist ein Land voller alltäglicher Menschenrechtsverletzungen. Eine Person, die dafür verantwortlich ist, wird jetzt an die Spitze des Justizministeriums gestellt. Dies wird ernste Schwierigkeiten zur Folge haben. Ich spreche hier nicht nur als Anwalt, Richter sind derselben Meinung. Agar wird der Präsident im hohen Richterrat. Er ist der Ex-Polizeichef. So etwas ist unmöglich. Gerade in einem Land wie der Türkei wird es schwere Folgen und Vorbehalte nach sich ziehen, denke ich.

Eine Person, die Unschuldige als Schuldige präsentiert, wird jetzt zum Justizminister. Dagegen sollten alle Institutionen der organisierten Justiz protestieren.

Zeitgenössischer Juristenverein

Mehmet Agar ist einer der ersten Polizisten, die ihre Ausbildung in den USA gemacht haben. Während er im Dienst war, hat er versucht, die Sondereinsatzkommandos mit MHP-Faschisten zu besetzen. Die Polizisten, die unter seinem Befehl arbeiteten, ließ er unter dem Slogan "Nieder mit den Menschenrechten" marschieren. Während seiner Zeit als Polizeipräsident wurde er für all die Hinrichtungen ohne Urteil, für die Fälle des Verschwindenlassens unter Festnahme oder für die Folter an Festgenommenen nicht zur

Rechenschaft gezogen. Der "Wir nehmen fest, die Gerichte lassen frei" erklärende Mehmet Agar sagte in seiner ersten Erklärung, nachdem er zum Justizminister ernannt wurde, daß er in den Gefängnissen Ordnung schaffen werde müssen. Das deutet darauf hin, daß neue Angriffe geplant werden. Wir akzeptieren nicht, daß er zum Justizminister ernannt wurde, wir werden alles, was in unserer Macht steht, tun, um seinen Rücktritt, seine Entlassung zu bewirken.

Esma Polat berichtet:

Am 30. April 1992 wurde Esma Polat bei einer Polizeioperation in Adana von der Polizei ermordet. Am 12. März 1991 wurde sie von der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums Istanbul festgenommen und im Revier vergewaltigt. Esma Polat erzählt: "Ich wurde mit meinem Mann zusammen festgenommen. Sobald wir in der ersten Abteilung in Istanbul angekommen waren, fingen sie sofort mit Isolierungsmaßnahmen an. Die erste Maßnahme war, daß sie uns trennten und uns die Augen verbanden. Soweit ich über den Rand der Augenbinde sehen konnte, haben 6-7 Personen angefangen, mir Fragen zu stellen. Sie verlangten von mir, ihren Wünschen zu folgen und mich mit der Befragung einverstanden zu erklären. Sie sagten mir, daß hier Aussagen wie "ich weiß nicht" oder "ich kenne nicht" nicht gelten würden und daß ich im Falle einer Aussage mit Tee und Kaffee bewirtet würde. Ich sollte ihnen keine Schwierigkeiten machen, sagten sie. Andernfalls drohten sie an, uns zu ermorden, was sie nach ihrer Aussage jederzeit tun könnten, da sie unsere Personalien nicht festgehalten hätten.

Als ich nicht tat, was sie von mir verlangten, banden sie mich mit den Armen an einen Pfahl fest und hängten den Pfahl auf. Sie begossen meine Hände und Füße mit Wasser und befestigten Kabel an den Fingern. Später begannen sie, mir Elektroschocks zu verabreichen. In der Zwischenzeit befragten sie mich weiter, und wenn sie keine Antwort bekamen, machten sie mit den Elektroschocks weiter. Eine Phase der Fragen und der Elektroschocks folgte auf die andere. Weil meine Augen verbunden waren, konnte ich nicht erkennen, ob es Tag oder Nacht war. Meiner Wahrnehmung nach waren etwa zwei Tage vergangen, als sie mich mit Gewalt nackt auszogen. Ich wurde wieder aufgehängt, von neuem wurden mir Elektroschocks verabreicht. Sie nahmen mir die Augenbinde ab und begannen mir zu drohen, mich zu vergewaltigen. Danach verließen alle bis auf einen den Raum. Ich wurde von dem im Raum Gebliebenen vergewaltigt.

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum

Tel. 0234/ 450590

FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- aus Kurdistan
- über die Solidaritätsbewegung
- von den Kurdenkongressen
- Dokumente
- u.v.a.

mindestens 8 Seiten

26mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

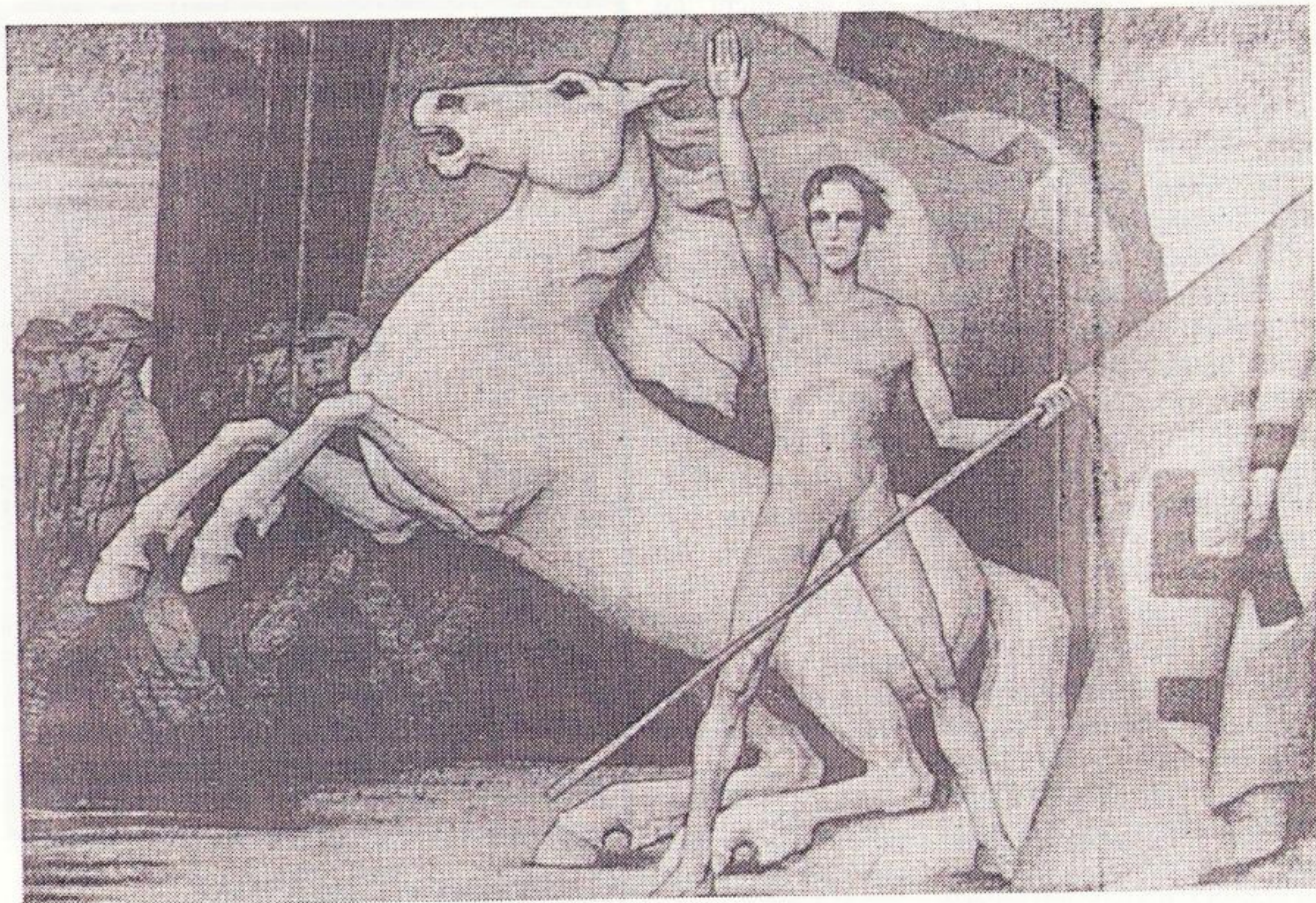
Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln



DAS ÜBER - LEBEN

(UN)HEIMLICHKEITEN DES NAZI-FASCHISMUS UND DER VERNICHTUNG DES JÜDISCHEN VOLKES

von Achim Schürmann

Teil II

In Teil I (AntifaZ 57) hatte ich versucht, das Lostreten der Nazi-Lawine und das Reden und Handeln ihrer fanatischen Kerne zu beschreiben als das einer neu-religiösen Bewegung, deren Rassendenken vor allem eine körperlich-psychische, quasi-sexuelle Haltung ausdrückt. Die Ziele dieser Männer haben zunächst nichts mit politisch-ökonomischen Vorstellungen - z.B. Stabilisierung der kapitalistischen Ausbeutung - zu tun.

Die Vorstellungen vom Krieg zur Reinheit, Einheit, Höhe, zum Heil (Ganzheiten) spiegelt Wünsche, die aus einer patriarchalisch verkrüppelten Lebenslust, aus einem energetisch sehr stark blockierten Körper und entsprechenden Gefühlen sprechen. Wie bei sonst keinem Charaktertyp drängen diese Wünsche auf ein unmittelbares Politisch-Werden, um sich die Umwelt aufsaugend* unterzuordnen. Der in den 80er Jahren wieder

aufgelebte Okkult-Unsinn, das Private (Handeln) sei (gleich dem) Politisch(en), wurde durch die NSDAP wirklich, deshalb war ihr Zweitname ihr unbewußtes Ziel: DIE BEWEGUNG**.

Die in der Schule, in Zeitungen, aber auch von Linken üblicherweise angegebenen außen- und innenpolitischen Gründe lasse ich weg oder stelle sie hintenan, entweder weil sie falsch sind oder das "Erfolgsgeheimnis" des Faschismus letztlich weiter verdecken helfen.

Sein Sieg 1933 und das, was folgte, hat nachhaltig das Menschenbild der bürgerlichen Aufklärung und Wissenschaft, der Demokraten und der radikalen Linken in Frage gestellt (siehe Teil I).

Stattdessen zittert ein tiefes Mißtrauen nach: in die "Menschenmassen" überhaupt und in die Produktions-Maschinerie.

Und wieso machts kaum einer/einem was aus, wenn nach wie vor nicht beantwortet wird, warum in Deutschland der Versuch einer Totalausrottung an Menschen einer religiös-kulturellen Abstammung stattfand, die sich allenfalls durch ihre überdurchschnittlichen Leistungen von den übrigen unterschieden?

Anmerkungen:

*) Dies entspricht einem typischen Vorwurf gegen das Jüdische, was, wie so oft bei Fanatikern, einer eigenen Lust entspringt, gemäß der psychologischen "Projektion" auf andere. Genauer gesagt, entspringt das Verhältnis zur Umwelt einem frühkindlichen Zustand - der Symbiose, der Verschmolzenheit -, welcher, wenn er früh gestört wurde, die Entwicklung eines (weltoffenen, kreativen) Ichs nicht zuläßt.

**) Der eigentliche Name der Humanistischen Partei (HP), einer links aufgemachten Psycho-Okkult-Organisation, ist auch: "Die Bewegung".

Judenhaß ungleich Rassismus

Es ist schon traurig: Wir "feiern" unsere "Nie-wieder"-Gedenktage, aber haben die jüdische Kultur und Religion nie nach ihrer Substanz, ihrem Kern, befragt: der Heiligkeit des Lebens und der Liebe...

Zu meinem Artikel

möchte ich noch einmal darauf aufmerksam machen, daß es sich hier schwerpunktmäßig ausdrücklich um innere Wirklichkeit von Menschen handelt, als (eine) wesentliche Voraussetzung für Faschismus.

"Der Mensch ist selbst die Basis seiner materiellen Produktion, wie jeder anderen, die er verrichtet..." (Karl Marx)

Die gesellschaftlichen Macht- und Produktionsverhältnisse sind also (nur) die äußeren Bedingungen, die vermittelt der inneren Verhältnisse von Erwachsenen wirken - wie es ja auch der dialektische Materialismus (= wissenschaftliche und marxistische Erkenntnistheorie) universell für die Entwicklung aller Dinge (richtig) bestimmt.

Aus meiner ungewohnten Sichtweise passierten dem Bearbeiter des ersten Teils Übertragungsfehler:

- "Als tötende Vorstellungen kommen unter dem Begriff 'Rassenvermischung' alle diejenigen vor, die in der marxistischen Theorie für befreiende Vorstellungen stehen," nicht als zu tötende. Das wäre altbekannt und wieder das "außen/Politik-Ziel"-Thema.

- "Es ging um die Überwindung der als Krankheit empfundenen gesellschaftlichen Zustände", nicht um die als so "hervorgehobenen". Die (Herstellung) der "inneren materiellen/körperlichen Grundlagen", die zum faschistischen "Über-Lebens"-Kampf treiben, sind im Teil I nur umschrieben worden, müssen "also" noch hergeleitet und bewiesen werden, oder? "Der Materialismus der Linken ist ein halber. Erst wo der Körper nicht mehr geheim ist, hat öffentliches politisches Leben eine wirkliche Chance, weil es erst da eine reale Basis hat." (Klaus Theweleit, Männerphantasien)

Und ich kann euch versprechen, daß dies nur eins einer Reihe von Geheimnissen ist, das tabu bleiben soll, um sozialen und demokratischen Fortschritt zu verhindern. Wenn auch wahrscheinlich das wichtigste.

A.S., 3/96

Heute können wir wissen, daß Hitler (und auch Göring) nicht im Ernst an eine "jüdische Rasse", an einen biologischen Unterschied glaubte, ja Hitler die Tätigkeit der "Rassenausschüsse" 1936 sogar mißbilligte (vgl. G. Heinsohn, Warum Auschwitz? S. 169 ff). Ob liberale oder radikale Demokraten, ob Anarchisten oder

Marxisten, anscheinend deuteten bisher alle den nazistischen Judenhaß - und -mord entsprechend ihrer Ideologie, nur ihrer Einschätzung von Wirklichkeit, ihren politischen Bedürfnissen. So konnte es geschehen, daß sie ein typisch faschistisches Bedürfnis, das verwirklicht einen strategischen Vorteil bedeuten



würde, übersahen... (Noch mehr dazu im Teil III.)

Genauso scheinen die Antifaschisten mit den schon vor 1933 massenweise vorhandenen "ehrlichen Schriften" - Tagebüchern, Romanen, Autobiographien - der soldatischen Männer umgegangen zu sein, aus denen man(n) ihre "Welt als Wille und Vorstellung" (Schopenhauer) hätte rechtzeitig kennenlernen können. Stattdessen wurde - und wird, wie am Beispiel von Ernst Jünger* bis heute zu sehen - diese Möglichkeit verachtet: von den einen wegen ihrer Belustigung über die intellektuell-logische "Lächerlichkeit" ihrer Gegner, von anderen wegen des Fehlens eines kompletten Wirtschaftskonzepts bei NSDAP und Nachfahren und von den meisten, die damals eher proletarisch-links eingestellt waren, weil sie glaubten, die Massen würden sich wegen ihrer materiellen Nöte, wegen ihrer Erfahrung mit der kapitalistischen Krisen- und Kriegsentwicklung und aufgrund ihrer "Vereinigung" in den Fabriken automatisch auf ihre, die linke, Seite stellen.

Dieser "rationalen" Überlegenheit entsprechend wurde agitiert, genügend.

Sicher, die KPD hatte beachtlichen Zulauf; die SPD mit ihrer Streikbrechertätigkeit und ihrer Stärkung des "Vaterlandes" wurde schwächer, und zusammen mit anderen proletarischen und antifaschistischen Vereinen wie den Freidenkern überschritt die KPD Ende der 20er Jahre die Millionengrenze. Doch in dem sich entwickelnden Wettlauf mit den faschistischen Kräften wirkten sich fatal das noch heute herrschende patriarchale Menschenbild und das "Selbstverständnis" aus, dessen Folge die oben angesprochene "Verachtung" gerade war: eine vom vernunftbegabten Kopf beherrschte Biomachine,

- die nach materiell-wirtschaftlicher Interessiertheit entscheidet,
- der deshalb, wenn sie zu den Werktätigen oder Arbeitslosen zugehörig war, damit sie auch richtig entscheidet, die "objektiven Informationen" eingefüttert werden müssen;
- an der ansonsten noch die wertschaffenden Hände interessant sind,
- die, damit alles optimal läuft, von den (falschen) Köpfen - die die anderen Menschen nur antreiben oder ausbeuten - befreit werden müssen.

Das ist das von Christel Neusüß so genannte Kopf-Hand-Baumeister-Modell, zu dem es auch noch die nicht-"revolutionäre", sozialreformerische Variante gibt.

Anmerkung:

*) *Der jetzt 101jährige Schriftsteller und Käfersammler, Dandy und früher begeisterter Killer (I. Weltkrieg und Freikorps), der sich mit "Der Krieg als inneres*



Erlebnis" und "In Stahlgewittern" in den 20er Jahren, später mit "Auf Marmorklippen" oder "An der Zeitengrenze" hervortat, erfreut sich einer merkwürdigen Aufmerksamkeit Hitlers, Kohls, Mitterands, Herzogs und anderer.

Köpfe mit Schlag-Seite

Und dementsprechend sah, grob gesehen, das Verhältnis von linken Partei- und Gewerkschaftsführungen zu den Arbeitermassen aus: Der Kopf emp/befiehlt den Händen, "Geschlossenheit/Einheit" zu wahren, nichts ohne ihn zu unternehmen, sonst breche Chaos aus. Doch Neues fiel den linken Köpfen auch 1933 nicht ein: "Wir sind die bessere Führung. Wer hat die stärkeren Bataillone?" - Und das natürlich auch unter den Rivalen in der Arbeiterbewegung. Nichts von Volkszorn, Empörung, Wut gegen die Ausbeuter und Unterdrücker..., das wäre ja emotional, chaotisch, unvernünftig, unzivilisiert, das Untere nach oben wirbelnd ("unmännlich"), das, was nicht Kopf und Hand ist.

Was in der verlogenen bürgerlichen Schulgeschichtsschreibung die Könige und Helden als Macher der Geschichte, wurden in

der linken und Arbeiter-Bewegung die "Köpfe" und die Kopffunktion. Wer's nicht glauben will, lese nur einmal die Blütenlese aus der Zeit (nicht nur) bis 1933 in Christel Neusüß' "Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung - oder Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander!" (Montage Verlag Osnabrück)

- Einen Kopf hat schließlich jeder. Den will "er" oben behalten. Nicht nur die Oberführung, auch das einfache Mitglied, die gebildeten Funktionäre oder Kämpfer und natürlich die "Bewegten" gegenüber der (trägen) Masse - schließlich braucht man(n) ja den "Überblick". Alles in allem: Oberflächlich ausgedrückt, sind dies die Umstände, die es ermöglichen, daß es die lähmende Trennung von Denken, Handeln und Fühlen leicht hat, beherrschend fortgepflanzt zu werden. Auch oft in linken und "autonomen" Gruppen, wie ich es erlebte, mit all seinen lähmenden, Einbildung und Unfähigkeit schaffenden Folgen.

Im Bewußtsein um Notwendigkeit von Übersicht, Führung und zentralen Einrichtungen möchte ich dies und Folgendes all jenen nahelegen, die die Lösung der linken Probleme (die ja bis zur Umwandlung von revolutionärsozialen Dingen und Absichten in massenfeindliche, faschistoide, gehen - siehe Mussolini, Stasi, Dengs China, RAF usw.) allein in der demokratischen (Kopf)kontrolle der Leitungen und (Vor)denker suchen oder andererseits die Lösung in der "Kopflosigkeit" der kollektiven "Spontaneität" sehen. Aktuell: Die alleinige Schulung der Denkfähigkeit, über die Analyse der "Denkweise", öffnet kaum für Argumente, überträgt alte Fehler auf höhere Ebenen und vertieft die Lähmung. Eine Anwendung der dialektischen

Methode (die, die die Wechselwirkung in ihrer Entwicklung berücksichtigt) zum Verständnis gesellschaftlicher Probleme und ihrer Lösung unter Ausschluß des Körperlichen/Unbewußten ist tödlich - transportiert das Gegenteil von der erhofften "Einheit von Denken, Handeln und Fühlen"! (Die Gruppen Anarchos/Autonomie, MLer, Resignierte und Baghwanis möge nun jeder selbst zuordnen.)

"Chaos"

Natürlich gab es auch die vielbeschworene "Spaltung", die einen erfolgreichen Kampf gegen Hitler und das Kapital hinderte - die zwischen SPD und KPD, die zwischen alt und jung und die zwischen Bauern und Arbeitern -, aber die tiefer liegende Spaltung von Denken, Handeln und Fühlen oder - entsprechend dem Baumeistermodell - von Kopf, Hand und Unterleib (ich will nicht den berühmt gewordenen Bauch benennen: da denken manche nur ans Essen) wird übersehen.* (Ich sehe hier mal ab von den speziellen Parteisünden - insbesondere der SPD -, wobei ich hier entsprechende Zitate von Trozisten und Anarchisten schuldig bleiben muß.) Unter den emotionalbewegt-undisziplinierten Teilen der Bevölkerung hatten die Linken weitgehend schon vor 1933** verloren. Die Jugend, die Frauen, die Landarbeiter und Bauern und die Entwurzelten zogen zunehmend hinter Hitler, Goebbels und Gregor Strasser her, von Freiheit und einer neuen Zeit singend. Otto, der Bruder von Gregor Strasser, ein intellektueller Nazi und 1920 noch ein gegen den Militärputsch (Kapp-Putsch) kämpfender USPDler, sah das so: Die Marxisten nahmen die Bedeutung

der subjektiven Erfahrung, des psychischen und emotionalen Lebens und der religiösen Erlebniswelt *nicht zur Kenntnis*. - Mit anderen Worten: jene Welt auf Grundlage des Unbewußten, die von den *meisten* Linken nach wie vor als unwissenschaftlich, Einbildung, mystisch, gefährlich, unanständig usw. abgetan wird, sofern sie überhaupt noch jemand auf so etwas hinweist. **Wie damals Genosse Dr. Wilhelm Reich.**

Anmerkungen:

*) Von wegen "mit dem Bauch denken": Es ist übrigens gerade von Naturwissenschaftlern ein ziemlich autonomes Nerven-Neuronensystem, ein sogenanntes Bauchhirn, entdeckt worden; körperorientierten Psychologen oder ganzheitlichen Ärzten wie Gerda Broysen ist das nichts Überraschendes, konzentrierte sich doch ihre therapeutische Aufmerksamkeit zur Beeinflussung des Unbewußten besonders auf diesen Bereich.

**) Unberücksichtigt bleiben muß wegen Materialmangels die Entwicklung einer großen parteiunabhängigen Jugendorganisation. Nachfragen an die "Internationale Jugendorganisation", Frankfurt am Main.

wird fortgesetzt



Durchbrechender Michael

5 JAHRE ANTIFA WANNE-EICKEL !!!

Ortsgruppe des AFB feiert fünfjähriges Bestehen

Am 8.6.1996 feierte die Ortsgruppe Wanne-Eickel des Antifaschistischen Bundes Ruhrgebiet (AFB) ihr fünfjähriges Bestehen.

Bei feuchter Witterung und hochsommerlichen Temperaturen hatten sich leider nur 50-60 BesucherInnen in das "Paritätische Zentrum" an der Plutostraße verirrt, von denen wohl die meisten zum engeren Freundeskreis der drei auftretenden Bands zählten.

Was nicht heißen soll, daß diese BesucherInnen kein Interesse am Antifaschismus zeigten. Allerdings mußte der AFB selbstkritisch eingestehen, daß er durch seine Werbung nur wenig neue Interessenten ansprechen konnte.

Immerhin hatten die VeranstalterInnen ein interessantes Programm angeboten: Statt der geplanten "Antifa-Ausstellung" gab es zwar "nur" eine Ausstellung von amnesty international zur Lage der Flüchtlinge in der Welt, aber vor allem die musikalischen Angebote konnten sich sehen lassen: So hatte die eigene Musikgruppe "Simko", die sich aus Mitgliedern des AFB und des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV) Recklinghausen zusammensetzt, ihre Premiere. Fortschrittliche Lieder aus der Türkei, Kurdistan und Irland fanden durchaus das Interesse des Publikums.

Der anschließende Auftritt der Bands "Senseless Refrigerator", "Damaged Justice" und "Maghazi" - alle drei aus Wanne-Eickel - begeisterte die ZuhörerInnen, vor allem "Maghazi" hatte einen glänzenden Auftritt.

Diese Gruppe "gehört" fast zum AFB, waren doch Mitglieder und Freunde der Band lange im AFB aktiv, bis Beruf oder Studium sie zu neuen Lebensabschnitten führten.

Also, insgesamt eigentlich der gelungene Rahmen für eine Antifa-Fete, die auf einige erfolgreiche Aktionen des AFB in Wanne zurückblicken konnte.

Die Sprecherin erinnerte in ihrer Begrüßungsrede vor allem an zwei Veranstaltungen in der Wanner Gesamtschule, die viel Aufsehen erregt hatten: "Sollen die Glatzen platzen" lautete das Motto einer Veranstaltung zum Thema "Skinheads" mit Klaus Farin als Referenten, "Ich bin stolz, ein Türke zu sein!?" war das Thema einer Veranstaltung über die "Grauen Wölfe" (türkische Faschisten).

Das geringe Interesse, daß die Antifa-Fete in Wanne fand, konnte nicht nur mit negativen äußeren Bedingungen (Fußball-EM, hochsommerliche Temperaturen) erklärt werden.

So schätzten die Mitglieder im Nachhinein ein, daß bei der öffentlichen Werbung zwar Plakate, Flugis, Presse und Rundfunk "eingesetzt" wurden, aber zwei wesentliche Fehler gemacht wurden: Zum einen wurde die "Mund-zu-Mund-Propaganda" völlig vernachlässigt, zum anderen hatte die Fete kein Motto und kein praktisches Ziel, war also allein auf "Rückblende" orientiert.

Dabei hätte ein konkretes Motto geradezu auf der Hand gelegen: Das "Paritätische Zentrum" an der Plutostraße, in dem sich die Ortsgruppe seit einiger Zeit trifft (übrigens regelmäßig mittwochs, 19.00 Uhr), soll zum Jahresende geschlossen und verkauft werden. Ein breites Spektrum fortschrittlicher Jugend- und Sozialarbeit, getragen vor allem von der "Gesellschaft freie Sozialarbeit", ist damit "plattgemacht". Immerhin rief ein Sprecher des AFB während der Fete dazu auf, eine Bürgerinitiative zu gründen, um für den Erhalt des Paritätischen Zentrum und gegen den drohenden (Aus-)Verkauf anzugehen.

Fazit: Die AFB-Ortsgruppe war zwar ziemlich enttäuscht, ist sich aber sicher, daß es in fünf Jahren erneut Grund zum Feiern gibt.

Antifaschistischer Bund
(AFB) Wanne-Eickel



Maghazi in action

FASCHISTEN IN DER DARK-WAVE-SZENE

Discordia ist einer der Drahtzieher im braunen Netz, die seit Jahren die **Dark-Wave-Szene** mit faschistischer Musik und faschistischen Symbolen unterwandern. Ihr Umsatz 1994 (laut *Creditreform*): 2 Mio. DM.

In ihrem Vertrieb befinden sich u.a. Bands wie **Death in June** (Anzeige von Discordia: "Der Spezialist für Death in June"), die Hakenkreuze auf ihren CD-Covern präsentieren und eine Coverversion des Horst-Wessel-Liedes (NS-Kampflied) auf mehreren CDs anbieten. Mit mystischen und satanistischen Symbolen versuchen sie, eigentlich linksgerichtete Jugendliche aus der Schwarzen Szene zu ködern. U.a. haben Death in June eine LP mit dem Titel "**Brown Book**" herausgegeben, auf dem Cover prangt überdimensional der NS-Totenkopf, auch auf dieser LP befindet sich das Nazi-Lied. Alle diese CDs und LPs wurden von Discordia nach Deutschland importiert und hier vertrieben. Da Discordia über ein Millionenkapital verfügt, ist es nicht verwunderlich, daß sie in diesem kapitalistischen System ungehindert weiterarbeiten können.

Es vergeht keine Woche, in der die faschistischen CDs von Discordia nicht eine Plattenbesprechung in der neurechten Postille **Junge Freiheit** bekommen.

In dem Szeneblatt **Zillo** haben sich die Faschisten eine Plattform geschaffen. In Zillo findet man Großanzeigen von Discordia und jetzt auch von der Jungen Freiheit. Außerdem arbeitet bei Zillo der langjährige Junge-Freiheit-Mitarbeiter **Peter Boßdorf** aus Düsseldorf als Redakteur mit.

Bis Januar 1995 hatte das Faschisten-Label **Discordia** seinen Sitz ebenfalls in Düsseldorf.

Wie uns vertraulich mitgeteilt wurde, will das Faschisten-Label zwischen dem **15. und 18. August** seine rechtsextremen CDs auf der Musikmesse "**POPKOMM**" in Köln einem breiten Publikum zur Schau stellen. Außerdem ist wie im Vorjahr geplant, dem Faschisten-Label Discordia im Rahmen der POPKOMM ein Konzert zu geben.

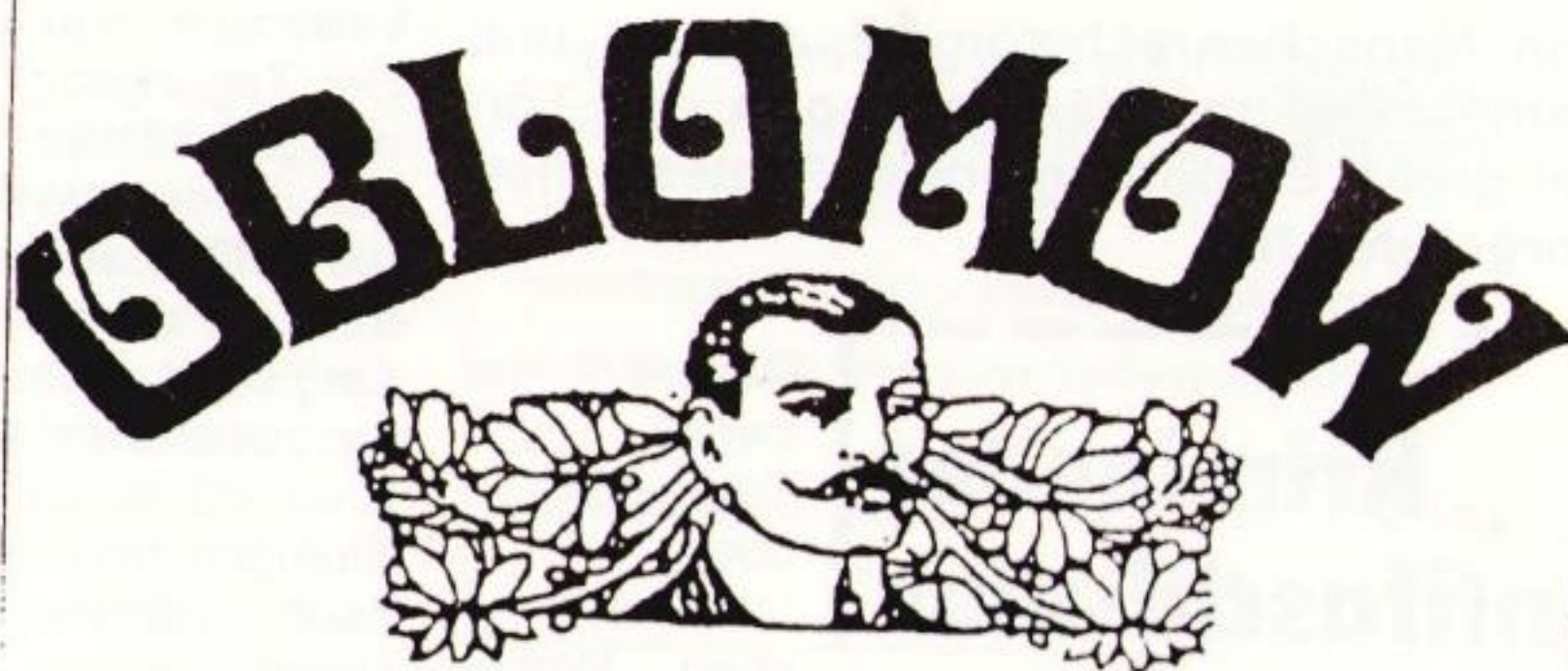
**Gebt den Faschisten
keine Chance !!!
Verhindert das
Konzert.**

Richtet Protestbriefe an:

Musik KOMM GmbH
Rottscheider Straße 6
42329 Wuppertal
Tel.: 0202/278310
Fax: 0202/78916

Mit libertären Grüßen,
Eure F.L.O.

Anzeige



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TAGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

Attatrol | Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16

☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen."

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag.
Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

Habitat II - UNO-Gipfel zum

"Menschenrecht auf Wohnen"

in Istanbul

"Das Menschenrecht auf Wohnen muß von der UN-Konferenz Habitat II als Menschenrecht anerkannt werden."

Mit dieser Forderung hatten sich Nichtregierungsorganisationen (NGO's) an die Weltöffentlichkeit gewandt.

Nun hat die UNO im Juni 1996 in Istanbul eine Konferenz durchgeführt, die als Habitat II bekannt wurde und in Kreisen von Menschenrechtsorganisationen und demokratischen Vereinigungen der Türkei große Empörung sowie Proteste hervorgerufen hat.

Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt gezählt. Sie setzten sich mit der Problematik des immensen Anwachsens der Städte auseinander.

Es ist sicherlich bemerkenswert, daß sich die UN-Konferenz Habitat II in einem Land trifft, in der Menschenrechte aufs brutalste mißachtet werden und die Opposition unterdrückt wird.

Auch die Wohnverhältnisse in den Städten sind geprägt von unmenschlichen Lebensbedingungen.

Der Tagungsort der Konferenz, Istanbul, mit einer geschätzten Einwohnerzahl von 10-12 Millionen, ist das beste Beispiel dafür, wie eng Probleme in Großstädten mit Inlandsflucht infolge Vertreibung durch Kriegshandlungen und Vernichtung von Lebensgrundlagen in ländlichen Gebieten zusammenhängen.

Etwa 60 % der EinwohnerInnen leben in den Slumgebieten, 'Gecekondus' (über Nacht gebaut) - nach einer alten Tradition werden über Nacht gebaute Gebäude und Stadtviertel im Nachhinein legalisiert.

Die Lage in den Gecekondus

In vielen Großstädten der Türkei bilden die BewohnerInnen der Gecekondus, die auch zu vergleichen sind mit den Slums und Armenvierteln von Amerika, die Mehrheit der städtischen Bevölkerung. Etwa 60 % der EinwohnerInnen der Großstädte Istanbul und Ankara leben in diesen illegal 'über Nacht gebauten' Barackensiedlungen. Auch in Izmir, Adana und anderen Städten nimmt die Zahl der Gecekondus beständig zu. Notdürftige Unterkünfte aus einfachsten Materialien, Zusammenleben von mehreren Familien auf engstem Raum, fehlende Kanalisation und Wasserversorgung sowie fehlende Elektrizität machen das Leben in diesen städtischen Randgebieten aus.

Dazu kommt die Arbeitslosigkeit und daraus folgende Mangelversorgung. Ein Großteil der BewohnerInnen dieser Gecekondus sind Arbeiter, Bauern und Werktätige, die zum größten Teil aus den ländlichen Gebieten der kurdischen Provinzen geflüchtet sind.

Krimineller Antifaschismus

Abschwören und Ablaß zahlen soll die Autonome Antifa (M)

Außerdem: Endlich frei: Hanna Krabbe nach über 21 Jahren entlassen +++ Europarat verurteilt Spanien wegen Folter +++ „Shoot to kill“ in Gibraltar: Großbritannien verurteilt +++ radikal-Verfahren: Interview mit einem der ehemaligen Gefangenen +++ Zwischen Stahlhelm, Gummiknuppel und Knast: Antimilitarismus in Deutschland

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoladen und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,- DM in Briefmarken bei

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431) 75141



**DIE
ROTE
HILFE**

2/96

Habitat II, der zweite UNO-Weltgipfel über

"menschlichen Wohnraum", war die letzte große UN-Konferenz in diesem Jahrhundert.

Sie wurde auch als 'Gipfel der Städte' bezeichnet, da das Schwergewicht der Konferenz auf den Problemen der städtischen Gebiete lag.

So wurden vom 3. - 14. Juni '96 in Istanbul

20.000 VertreterInnen von Regierungen und

Insbesondere die staatlichen Repressionen, Massaker, Zwangsevakuierung von Dörfern, Entvölkerung von Provinzen und Verfolgung haben dazu beigetragen, daß viele in Großstädte geflüchtet sind und in den Gecekondus eine neue Lebensexistenz gründen mußten.

Die unmenschlichen Lebensbedingungen und die zunehmende Diskriminierung der KurdInnen bei der Arbeitssuche sowie Übergriffe von Polizei und paramilitärischen Gruppen sorgen für sozialen Sprengstoff, was durch die Ereignisse im Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpasa 1995 erstmals Beachtung in den westlichen Medien fand. In Gaziosmanpasa, einem Gecekondu- und Armenviertel von Istanbul, hat die soziale Explosion eine sehr breite Wirkung gezeigt.

Paramilitärische Gruppen, die den faschistisch-fundamentalistischen Kreisen angehören, hatten Cafes bewaffnet angegriffen, dessen BesucherInnen überwiegend aus demokratisch und links gesinnten Menschen bestehen.

Zwei Menschen hatten bei diesem Angriff ihr Leben verloren. Die Empörung des Volkes im Armenviertel Gaziosmanpasa hatte sich in der gleichen Nacht zu Protest und Widerstand verwandelt.

Rund 10.000 Menschen hatten sich in der gleichen Nacht spontan im Viertel versammelt und gegen diese Angriffe protestiert. Die Polizei, die bis zu diesem Zeitpunkt kein Interesse für die Mordanschläge gezeigt hatte, griff schließlich bewaffnet die protestierende Menschenmenge an.

Der Widerstand von Gaziosmanpasa hat auch das Gecekonduviertel Ümraniye beeinflußt. Menschen haben sich tagelang gegen die Angriffe von Polizei, Staat und paramilitärischen Kräften gewehrt.

Insgesamt 30 Menschen wurden durch Polizeikugeln getötet.

Diese Ereignisse zeigen, daß die soziale Explosion nicht nur ein Phänomen ländlicher Gebiete ist, sondern auch in Großstädten breite Auswirkungen zeigt. Sie widerlegen zugleich auch die Lügen des Staates, daß in Großstädten alles unter "vertrauensvoller Kontrolle"

stände. Gerade die Entwicklungen in Gaziosmanpasa und Ümraniye haben das Gegenteil bewiesen. Man kann heute davon ausgehen, daß in den Armenvierteln aller Großstädte der Türkei der Ausnahmezustand herrscht.

Polizeikontrollen, Ausgangssperren und militärischer Druck gehören inzwischen zum Alltag der Gecekondus.



SPRINGSTR. 2

AM HAUPTBAHNHOF

45657 RECKLINGHAUSEN

TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte

Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei

Ökologische Weine, Sekt und Säfte

Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel

Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18⁰⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Antifaschistische Nachrichten

Alle zwei Wochen ...

- Nachrichten, Berichte und Dokumente über antifaschistische Aktionen
- Meldungen und Hintergrundinformationen über faschistische Organisationen
- regelmäßige Beobachtung der faschistischen Presse
- Informationen zur Asyl- und Ausländerpolitik, zu Revanchismus und Militarismus

Zusammen gegen rechts ...

Die Antifaschistischen Nachrichten kann man/frau im Abonnement beziehen:

⇒ Halbjahresabonnement 39 DM incl. Porto

⇒ Jahres-Abonnement 78 DM incl. Porto

⇒ Förder-Abo 104 DM incl. Porto

⇒ Schüler-Abo 54 DM im Jahr

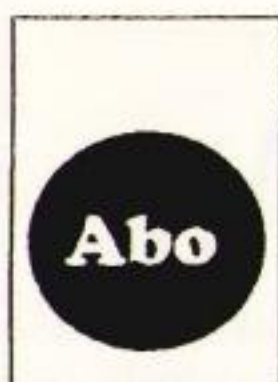
Bestelladresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln

Telefon: (0221)211658, Fax: (0221)215373

Mailboxanschluß der Redaktion: J. Detjen @Link-K.ZER

Habitat II - Warum in Istanbul ?

Menschenrechtsorganisationen (IHD), demokratische Organisationen und oppositionelle Kreise haben in der Presse ihre Empörung über die Habitat II ausgedrückt. Sie haben insbesondere dagegen protestiert, daß diese Konferenz in Istanbul zusammenkam. Denn die Türkei ist eines der Länder, in der, wie erwähnt, die Men-



AntifaZ

Ich möchte ____ Exemplare der AntifaZ abonnieren:

Vor- und
Nachnahme: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Ein Jahresabo (6 Ausgaben) kostet derzeit:

1 Ex.: 27,- DM (18,- plus 9,- Porto)

2 Ex.: 45,- DM (36,- + 9,-)

3 Ex.: 72,- DM (54,- + 18,-)

je weiteres Exemplar (bis 10) 18,- DM

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn ich nicht 4 Wochen vor Ablauf des Jahres schriftlich kündige.

Widerrufsgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb von 10 Tagen schriftlich bei der AntifaZ-Redaktion widerrufen werden.

Datum und Unterschrift _____

Einzugsermächtigung:

Geldinstitut: _____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

KontoinhaberIn: _____

Datum und Unterschrift _____

Widerrufsgarantie: Diese Einzugsermächtigung kann innerhalb von 10 Tagen schriftlich bei der AntifaZ-Redaktion widerrufen werden.

Rechte abgeschafft sind und die Lebensverhältnisse in den Armenvierteln einen Elendszustand belegen.

Auch bürgerliche Politiker bestätigen, daß jederzeit eine soziale Explosion erwartet wird. Die Ereignisse in den Armenvierteln von Gaziosmanpasa, Ümraniye, Küçük Armutlu, Sarigazi und anderen haben dies offen gezeigt.

In den kurdischen Provinzen sind die Wohnverhältnisse noch extremer unter dem Durchschnitt der Menschenwürde. Unter alltäglichem Militärdruck wurden Dörfer zerstört, teils dem Erdboden gleichgemacht, zwangsevakuiert und entvölkert.

Die kurdischen Provinzen Cudi, Tunceli und Hakkari sind hierfür Beispiele

In Tunceli hat man mehr als hundert Dörfer unter dem Vorwand, es sei die Region der "Terroristen", zwangsentvölkert und evakuiert. Der Widerstand der Bevölkerung wurde mit militärischem Druck zurückgedrängt. Schließlich wurden diese Dörfer in Brand gesteckt. Zuletzt hat diese Politik auch in Sivas ihr wahres Gesicht gezeigt.

In Sivas (einer der Großstädte) hat man Ende Januar - Anfang Februar 1996 Dörfer und Provinzen, die meist der alawitischen Glaubensgemeinschaft angehören, zwangsentvölkert.

Militär und Polizei haben breite Razzien durchgeführt, bei denen Menschen festgenommen und gefoltert wurden.

Es darf nicht vergessen werden, daß die UNO-Konferenz Habitat II auf diesem Hintergrund in Istanbul zusammenkam.

Die Konferenz versuchte, die Realität zu verschleiern und der Türkei ein positives Image zu verschaffen.

In Istanbul hatte die türkische Regierung auf Kosten der ArbeiterInnen diesbezüglich breite Vorbereitungen getroffen. In der Umgebung der Konferenz waren Sanierungsarbeiten durchgeführt worden, die einen Kostenaufwand von 2 Trillionen TL betrugen. Damit sollte, nach Ansicht der türkischen Regierung, das Ansehen einer 'modernen Türkei' gestärkt werden. Aber in den Nebenstraßen von Istanbul zeigt sich die Realität des sozialen Elends, der Gecekondus und der polizeilichen Repression. Die Habitat II versuchte, auch diese Realität zu vertuschen.

Den Nichtregierungsorganisationen, Menschenrechtsorganisationen und demokratischen Vereinigungen auf der ganzen Welt stellt sich die Aufgabe, diese Realität bei jeder Gelegenheit zu betonen und Druck auf die Verantwortlichen dieser Entwicklung zu entfachen.

(geringfügig überarbeitet, aus: Tatsachen
Nr. 24, Mai-Juni 1996)

VOM UMGANG DES **Deutschen Staates** MIT DEN KURDISCHEN MENSCHEN

Der Versuch des deutschen Staates, die **Friedensdemonstration in Dortmund am 16. März** zu unterbinden, ist noch gut in Erinnerung.

Mit der **Solidaritätsveranstaltung für die Zeitung "Demokrasi"** wollte er in **Essen** genauso verfahren; aber damit hatte er diesmal keinen Erfolg.

Dies sollten sich alle Leute vor Augen führen.

Wegen seiner wirtschaftlichen Interessen an der Zusammenarbeit mit dem türkischen Staat fährt der deutsche Staat heftigst fort, die KurdInnen zu attackieren - bis hin zum Verbot ihrer Einrichtungen und Vereine.

Dieser Staat, der sich der ganzen Welt als demokratisch präsentiert, hat dafür neulich wieder ein Beispiel gegeben.

Die Veranstaltung für Solidarität mit "Demokrasi" - die Zeitung erscheint in der Türkei ganz legal - wurde leider drei Tage vor dem angesetzten Termin verboten. Daraufhin wandte sich das Vorbereitungsteam in dieser widerwärtigen Sache an das Gericht und erwirkte einen Beschluß zugunsten der Durchführung der Solidaritätsveranstaltung.

Obwohl die Sache ja nun legal war, versuchte die deutsche Polizei einige

Provokationen und wollte unser Volk einschüchtern. Alle Leute wurden beim Betreten der Gruga-Halle einzeln seitens der Polizei durchsucht. Nichts wurde durchgelassen, was auf den kurdischen Charakter der Veranstaltung hinweisen konnte, kein Transparent, kein Plakat usw. Aber trotz der Durchsuchung schafften die kurdischen Leute hunderte von ERNK-Fahnen und Poster des Vorsitzenden APO in die Halle.

Der Abend nahm seinen Verlauf, das Programm war reichhaltig. Die Künstler **Siwan Perwer**, **Ferhat Tunc**, **Ciwan Haco** und die Gruppe **Berxwedan** (Autonomie) traten auf.

Der Vorsitzende der **Sozialistischen Partei Kurdistans (SKP)** und ein **Vertreter der ERNK** (Volksbefreiungsfront) hielten Ansprachen.

Der Abend endete in guter Stimmung.

Als am **15. Juni** unter der Parole "**Frieden jetzt !**" annähernd **150.000 Menschen**, das heißt kurdische Patrioten, unter massiver Beteiligung der arbeitenden Menschen, in **Hamburg** demonstrierten, griff der deutsche Staat physisch in keinsten Weise ein, aber in verschiedenen Bereichen unternahm

er Behinderungs- und Störversuche.

So wurden den Demonstrierenden falsche Aufmarschplätze zugewiesen, um einen zügigen Verlauf der Demonstration unmöglich zu machen.

Während der Demonstration wurde vom Band eine Grußbotschaft **Abdullah Öcalans** abgespielt, und es wurden Parolen gerufen wie "Frieden jetzt !" und "Es lebe der Vorsitzende APO !".

Alles war darauf angelegt, der Welt zu zeigen, daß hier ein friedliebendes Volk demonstriert.

Nur gegen den deutschen Staat protestieren wir in diesem Zusammenhang einmal mehr, weil nach der Demonstration ein Demokrat verhaftet wurde.

Wie in Hamburg zu sehen war, wollen die KurdInnen tatsächlich Frieden und keinen Krieg. Wir sagen, es besteht für den deutschen Staat kein Grund, dem türkischen Staat Waffen zu verkaufen, damit das Blut des kurdischen Volkes vergossen wird, damit das Regime in der Türkei sich stabilisiert.

Es muß Schluß sein mit der Doppelstrategie des deutschen Staates gegenüber den KurdInnen, ein bißchen erlauben, ein bißchen verbieten

Celal Tuc

DER ARARAT-AUFSTAND 1930

Wenn der Ararat redet,
zu sprechen beginnt,
erzählt er von der Liebe zur Freiheit,
erzählt unermüdlich.
Die Wildrosen und Schneeglöckchen
an seinen Hängen
verlieben sich in die Freiheitskämpfer.
Die Schlangen und Tyrannen
sehen mit Neid auf diese
leidenschaftliche Liebe.

Das Feuer der Liebe
läßt den Schnee schmelzen,
und die Erde saugt das Wasser
begierig in ihre Brust.

Was für eine Tyrannei!
Welch' eine Barbarei
der türkischen Armee
gegen die Rechte
des kurdischen Volkes,
gegen den herrlichen Berg:
Die niederträchtige Kanonenkugel
sprengt die Felsen in Stücke,
entreißt das Herz dem Boden.

Schreie gellen
bis ins Tal,
wenn eiskalte Kugeln
Knochen zerfetzen,
Leiber und
Herzen durchbohren.

Doch das Wehklagen
verwandelt sich in Kampfesrufe
der Aufständischen
und das Blut in Rote Nelken.
Der Aufstand aber
wird zur Freiheit führen,
und die Blumen werden
zum Nelkenberg.

Ararat,
du bist der Berg der Freiheit,
gestern, heute
und in alle Zukunft.

Dein Gipfel erreicht
furchtlos die Sterne.
Du errichdest Leitern
der Leidenschaft zur Freiheit,
der Liebe zu Menschen,
du bist der Hoffnungswind
für Kurdistan,
und deine Arme
sind weit geöffnet
für Freunde des Friedens.

Ararat,
den Wölfen bist du Heimat,
den Rebellen gewährst du Obdach,
den Verfolgten Unterschlupf,
und den Nomaden schenkst du
Jahr für Jahr Leben,
ohne dessen überdrüssig zu werden.

Im Sommer bist du schneebedeckt,
im Winter umtosen dich heftige Stürme.
Deine Wege sind mit Steinen übersät,
und eine dichte Nebelwand
umgibt deinen Gipfel.
Stück für Stück
errichdest du Hindernisse
gegen den Feind
und Schutzwälle
gegen die Schläge der Untiere.

Ararat,
wieviel Tänze hast du erlebt,
und in deinem Brustkorb
wurde Feuer entzündet,
mitgeföhlt hast du
die lauten Freudenrufe meiner Menschen
beim Gowendanz*
an den Feuern zum Newrozfest,
du Ararat,
Ararat!

Nazif Telek (Hilden)

(* ein kurdischer Gemeinschaftstanz)